Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.] **Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt".** [Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50**, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1,60.** Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die **Anzeigengebühr** beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15 Pfg.**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.**, auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** **Inserate** für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 108 — **Freitag den 10. Mai 1901.** — 8. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Millerand's Streikgesetz-Entwurf.

Das Generalkomitee der französischen sozialistischen Partei hat, wie schon dieser Tage kurz gemeldet, den Streikgesetz-Entwurf des Handelsministers Millerand mit 29 gegen 9 Stimmen abgelehnt unter der Begründung, daß ein solches Gesetz der Entwickelung und den Interessen der Arbeiterschaft schädlich sei.

Diese Abstimmung hat eine entscheidende Bedeutung, erstens weil die Mehrheit Elemente aus allen sozialistischen Richtungen vereinigt, und zweitens, weil die Abstimmung ohne Vorurtheil, mit vollem Bewußtsein vor sich gegangen ist, ferner bindet sie die sozialistischen Abgeordneten, deren Haltung bei der Diskussion des Gesetzentwurfs also bestimmt ist.

Die Erwägungen, denen das Generalkomitee bei seiner Abstimmung gefolgt ist, sind mehr allgemeiner Art, als daß sie auf das nähere Wesen des Entwurfs eingehen.

Der Hauptvertheidiger des Gesetzentwurfes vor dem Generalkomittee, Genosse Jaures, hatte in einer längeren Rede als wichtigstes Argument für ihn betont, daß er die „parlamentarische Demokratie" auf wirthschaftlichen Boden verpflanze. Als zweiten Punkt führte er die Aufgabe des Staates an, diesen wirthschaftlichen Parlamentarismus zu begünstigen und zu regeln.

Es scheint nun gerade, daß das Generalkomitee diesen doppelten Gesichtspunkt habe verurtheilen wollen als es den Gesetzentwurf bedingungslos verwarf. Die Mehrheit ging von folgenden Gesichtspunkten aus:

Dem Gesetzentwurf Millerands wird zum Vorwurf gemacht, daß er die wirthschaftliche und politische Demokratie gleichstellt. Die politische Demokratie betrachte alle einzelnen Bürger als gleichwerthig. Für die ökonomische Demokratie seien alle Individuen nicht gleichwerthig. „So haben durchaus nicht alle Arbeiter dieselbe Kraft und dieselbe Fähigkeit, ihre Interessen zu vertheidigen. Nur die besten, die am meisten klassenbewußten im Proletariat haben diese Macht." Man dürfe „also nicht alle Arbeiter auf das gleiche Niveau stellen und von einer hier unnöthigen und falschen Voraussetzung absoluter Identität ausgehen." Nicht Individuen, sondern charakterische Gruppen seien die organischen Vertreter der Arbeiterklasse. Die ganze Tragweite der Arbeiterbewegung liege in den Berufsvereinigungen. Und diese Tragweite stehe in geradem Verhältniß zu dem Stand ihrer gewerkschaftlichen Organisation. So bestehe auch das Interesse der Arbeiterklasse darin, „vom Staat eine gesetzliche Stärkung ihrer Vereinigungen und eine vollständige Bewegungsfreiheit zu erlangen. Nur zu diesem Zweck soll der Staat überhaupt in die Bewegung eingreifen."

Der Millerand'sche Gesetzentwurf trete aber der Arbeiterbewegung in den Weg. „Er setzt alle Arbeiter untereinander gleich, leugnet die Auswahl der Besten, die die Grundlage der Gewerkschaftsbewegung ist. Er führt das allgemeine Stimmrecht, den Parlamentarismus in eine Bewegung ein, die ihm geradezu widerspricht." Die Verwirklichung des Entwurfs würde den Tod der Gewerkschaften bedeuten. „Die Gewerkschaft beruht auf einer Gruppirung, die durch die Wahl der Besseren langsam vor sich gegangen ist. Sind aber erst einmal organisirte und unorganisirte Arbeiter gleichgestellt, so hat diese Gruppe keine Existenzberechtigung mehr. Der Entwurf kennt die Gewerkschaft, die seine Basis sein sollte, gar nicht, er vernichtet sie."

Diese allgemeinen Gesichtspunkte haben das Generalkomitee geleitet. Der Entwurf erschien ihm als ein Widersinn. Er steuert seinem Zweck gerade entgegen. Gewiß muß die Arbeiterklasse vor gefährlichen und schnellen Beschlüssen geschützt sein. Aber das kann nur durch eine gute Organisation der Arbeiterklasse erlangt werden. Und will der Staat eingreifen, so soll er es nur thun, um diese Organisation zu begünstigen oder gar ins Leben zu rufen, nicht aber um an ihre Stelle zu treten und sie zu vernichten.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote".)

Berlin, den 8. Mai 1901.

Der gut besetzte Reichstag erledigte in seiner heutigen Sitzung zunächst die dritte Lesung des Weingesetzes, das in der Gesammtabstimmung mit großer Mehrheit angenommen wurde. — Dann wandte sich das Haus der zweiten Lesung des Diätenantrages Gröber zu. Einige Mitglieder des Bundesraths — darunter Graf Posadowsky — wohnten — ein seltenes Schauspiel! — den Verhandlungen über diesen Antrag bei, während der diätenbeziehende Bundesrath im Allgemeinen bekanntlich die Maxime befolgt, sich bei der Berathung von Initiativanträgen im Reichstage nicht vertreten zu lassen.

Die Kommission schlug vor, freie Eisenbahnfahrt kurz vor, während und kurz nach der Session und Anwesenheitsgelder in der Höhe von 20 Mk. pro Kopf den Reichstagsmitgliedern zu gewähren. Von den „Anwesenheitsgeldern" sollen indessen die etwaigen Landtagsdiäten in Abzug gebracht werden.

Der Antragsteller Gröber und der Kommissionsberichterstatter Bassermann befürworteten den Antrag. Nach dem Beginn der Debatte glaubte man erwarten zu dürfen, daß die längst spruchreife Sache schnell und mit kurzen Erklärungen der einzelnen Fraktionen abgethan sein werde, da fühlte sich der Weise und, wie es scheint durch seine Krankheit arg mitgenommene Expräsident von Levetzow als Fraktionssprecher der Konservativen veranlaßt, durch herausfordernde oder vielmehr direkt beleidigende Redewendungen der Linken den Fehdehandschuh ins Gesicht zu schleudern. Unfähig, sachliche Gründe gegen den Diätenanzuführen, erlaubte er sich, von dem Herabdrücken des Reichstags auf die „Stufe einer demokratischen Volksvertretung" zu sprechen, die durch die Diäten herbeigeführt werde. Die Konservativen, selbst ihre „gemäßigtsten" Mitglieder können doch keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne ihrem wilden Hasse gegen das allgemeine Wahlrecht Ausdruck zu geben!

In vortrefflicher, kraftvoller und außerordentlich wirksamer Rede leuchtete Genosse Singer dem junkerlichen Sprecher heim. Die Nothwendigkeit der Diäten zu begründen, was unnütze Zeitverschwendung gewesen wäre, unterließ Singer selbstredend; dafür setzte er die Bemerkungen Levetzows und die bekannte Aeußerung über die „Kerls" in das rechte Licht. Als er den preußischen Landtag ebenso kurz wie richtig charakterisirte, fühlte sich der gerade den Vorsitz führende Vicepräsident Büsing zu einem Ordnungsrufe bewogen.

Die Ausführungen Singers über die — „Kerls" gaben dem Grafen Podadowsky Veranlassung, sich über „Zwischenträgereien" und der Himmel weiß, was sonst noch, zu äußern; von den Diäten dagegen sagte er bezeichnender Weise kein Sterbenswörtchen. Dafür hielt der Reichsparteiler Graf Arnim eine von Trivialitäten nur so triefende Rede gegen die Diäten. Unver—frorener Junkergeist hat sich wohl selten so offen im Reichstage hervorgewagt. Man konnte glauben, im preußischen Abgeordnetenhause zu sein. — Eine scharfe und würdige Zurückweisung erfuhren die diversen krautjunkerlichen Tiraden von dem Nationalliberalen Büsing und dem Freisinnigen Dr. Müller-Sagan, welcher im Hinblick auf gewisse Wendungen des Grafen Arnim — der von Diätenjagd gesprochen — sehr richtig bemerkte: dann seien gewiß die preußischen Landräthe und Abgeordneten die größten Jäger im Lande. — Für Diätengewährung sprangen ferner die Abgg. Rickert (FVg.), Gäbel (Ant.), Hauß (Els.), sowie der bayerische Zentrumsmann Lerno ein, der nicht unwitzig bemerkte, was dem Bundesrath recht sei, sei dem Reichstag billig. Im Gegensatz zu seinem Fraktionsgenossen Arnim trat Dr. Arendt für den Antrag ein, während Dr. Oertel, der in seiner „Deutschen Tages-Zeitung" die Diäten befürwortet, sich in faulen Ausreden erging. — Auf Antrag Rickert wurde namentlich abgestimmt. 185 Abgeordnete stimmten für, 40 gegen den Antrag. — Morgen: Anträge über die Gewerbegerichte.

---

91. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Graf von Posadowsky.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Berathung des Weingesetzes.

In der Generaldiskussion erhält das Wort der Abg.

Schmitt-Mainz (Z): Ich habe in der zweiten Lesung gegen die Keller-Kontrolle gestimmt, werde aber trotzdem heute in der Gesammtabstimmung für das Gesetz stimmen, weil es in der That einen erheblichen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand bedeutet.

Die Abgg. Wallenborn (Z.), Deinhardt (NL.) und Schüler (Z.) sprechen sich für das Gesetz aus, erklären sich aber gegen das Verbot des Verschnitts von Weißwein mit Rothwein zum Zweck der Herstellung von Rothwein.

v. Schele-Wunstorff (Welfe): Meine Freunde werden gegen das Gesetz stimmen, denn es leistet nur der Sozialdemokratie Vorschub, indem es die kleinen Winzer in das Lager der Unzufriedenen treibt.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Gräfe (Ant.) und Röllinger (Els.) schließt die General-Diskussion. In der Spezialdiskussion wird das Gesetz auf Antrag des Abg. Dr. Blankenhorn (Z.) en bloc angenommen. Hierauf wird das Gesetz auch in der Gesammtabstimmung mit großer Mehrheit angenommen.

Die Kommission beantragt folgende Resolution: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldmöglichst den Entwurf eines Reichsgesetzes vorzulegen, welches die Ueberwachung des Verkehrs mit Nahrungs- und Genußmitteln nach Maßgabe der bestehenden Reichsgesetze durch Bestellung besonderer Beamten hierfür einheitlich regelt.

Schmitt-Mainz (Z.) beantragt, die Resolution so zu fassen, daß die Regierung auf Grund der bestehenden Reichsgesetze nicht einheitliche Grundsätze durch Bestellung besonderer Beamten befolgt.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky betont, daß die Durchführung der Kontrolle auf jeden Fall Sache der Landesregierungen bleiben müsse.

Wurm (SD.): Wenn auch die Durchführung der Kontrolle Landessache bleibt, so müssen doch die Beamten nach einer einheitlichen Methode vorbereitet und geprüft werden.

Die Resolution wird hierauf in der Fassung des Antrages Schmitt-Mainz (Z.) angenommen.

Drei weitere Resolutionen werden auf Antrag des Abg. Schmidt-Elberfeld (FVp.) von der Tagesordnung abgesetzt.

Es folgt die zweite Berathung des Antrages Gröber (Z.) auf Gewährung von Anwesenheitsgeldern. Nach dem Antrag der Kommission, deren Berichterstatter Abg. Bassermann (NL.) ist, soll Art. 32 der Reichsverfassung folgende Fassung erhalten:

„Die Mitglieder des Reichstags erhalten aus Reichsmitteln während der Legislaturperiode und zwar solange der Reichstag versammelt ist, so wie 8 Tage vor der Eröffnung und 8 Tage nach Schluß derselben freie Fahrt auf den Eisenbahnen und für die Dauer ihrer Anwesenheit in Berlin Anwesenheitsgelder in Höhe von 20 Mark für den Tag; der Anwesenheit in Berlin steht es gleich, wenn der Abgeordnete durch Arbeiten für den Reichstag verhindert ist, in Berlin anwesend zu sein.

Von den Anwesenheitsgeldern werden die Tagegelder abgerechnet, die ein Mitglied des Reichstags in seiner besondern Eigenschaft als Mitglied eines deutschen Landtages für dieselbe Zeit bezieht. Die näheren Bestimmungen erläßt der Präsident des Reichstages."

Groeber (Z.) erklärt, daß seine Partei für die Kommissionsfassung stimmen werde, die sich nur wenig von dem ursprünglichen Antrag unterscheide. Fürst Bismarck habe die Einführung von Diäten in Aussicht gestellt, wenn sich Mißstände aus der Diätenlosigkeit herausstellen sollten. Er habe aus Furcht vor den Berufsparlamentariern und den langen Sessionen die Diäten nicht gewährt. Die Sessionen sind aber trotzdem immer länger geworden, von durchschnittlich 81 Sitzungstagen im Jahre in der Zeit von 1867—1876 sind sie auf 194 Tage in der Zeit von 1893 bis jetzt gewachsen und zwar entsprechend der natürlichen Entwicklung der Aufgaben des Reichs. Hoffentlich stimmt der Bundesrath diesmal zu.

Dr. v. Levetzow (K.): Meine Freunde werden sammt und sonders gegen den Antrag stimmen. Keiner von uns würde öfter hier erscheinen, weil er dafür bezahlt würde. (Unruhe links.) Nur die Pflicht zieht uns hierher. Wenn Sie die Diätenlosigkeit beseitigen, bringen Sie den Reichstag auf das niedrige Niveau einer demokratischen Volksvertretung. Wir wollen aber nicht demokratisiren.

Singer (SD.): Ich wünschte, die Konservativen zeigten die Unnahbarkeit gegen Zuwendungen aus der Reichskasse nicht bloß bei diesem Diätenantrag, sondern auch bei anderen Gelegenheiten z. B. bei Liebesgaben, bei der Erhöhung der Kornzölle, bei der Vertheuerung des Fleisches u. s. w. (Sehr gut! b. d. Soz.) Die Frage der Diäten ist keine Frage des persönlichen Interesses. Ich weise die Insinuation zurück, die Diäten würden verlangt auf Grund persönlicher Wünsche Einzelner. Die Diätenfrage ist eine Frage der Würde des Reichstages. Der Vorredner hat von der Möglichkeit gesprochen, daß Staats- und Kommunalbeamten ihr Gehalt neben den Diäten bekommen können. Was machen denn die konservativen Landräthe im Landtage? Die Herren haben vor ihrer eigenen Thür genug zu kehren. Wir haben stets erklärt, daß wir die Gewährung von Diäten niemals in Verbindung treten lassen werden mit einer Einschränkung des Wahlrechts, mit einer Herabsetzung der Beschlußunfähigkeit, mit einer Abänderung der Geschäftsordnung. Solche Wünsche liegen im Interesse bestimmter reaktionärer Parteien. Ich will nicht mit Herrn v. Levetzow streiten, welches Niveau niedriger ist, das Niveau der Karrikatur einer Volksvertretung, wie es z. B. der preußische Landtag ist (Lärm rechts) oder das Niveau des Reichstages. (Glocke d. Präs.)

Vicepräsident Büsing ruft den Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung.

Singer (fortfahrend): Es ist ein starkes Stück, daß die Konservativen hier durch ihren Redner aussprechen lassen können, daß ein auf demokratischer Basis gewähltes Parlament auf niedrigem Niveau stehe. Diese Auffassung kann nicht stark genug zurückgewiesen werden. Ich kann mir kein niederes Niveau denken, als das Niveau einer parlamentarischen Körperschaft, die auf indirektem Wege gewählt oder gar durch Ernennung des Fürsten zusammengebracht wäre. (Sehr gut! b. d. Soz.). Die Bänke des Bundesraths sind ja heute besetzter als sonst bei Initiativanträgen. Das ist ein erfreuliches Zeichen und ich hoffe deshalb, daß die Herren im Bundesrath durch das lebende Wort, das sie hören, in die Lage kommen, den Diätenantrag wirksamer als bisher im Bundesrath zu vertreten. (Heiterkeit). Der Widerstand des Bundesraths gegen die Diäten ist ja ganz unbegreiflich. Seine Mitglieder bekommen hohe Diäten und er verweigert dem anderen Verfassungsgleichberechtigten Faktor das, was er selbst beansprucht. (Sehr gut bei den Soz. und im Zentr.) Die Länge der Session wird doch größtentheils verursacht durch die überaus fruchtbare Arbeit des Bundesraths in der Gesetzfabrikation. Er hat ja auch durch unsere Arbeiten recht viel zu thun, braucht er doch oft Jahre, um die einfachsten Beschlüsse des Reichstages zu erledigen. (Sehr gut bei den Soz.) In der Presse ward behauptet, daß nicht nur der Bundesrath, sondern auch andere Kreise ihrer Abneigung gegen Diäten Ausdruck gegeben haben. Ein als redselig bekannter Mund soll sich in recht drastischer Weise darüber ausgesprochen haben. Ich wundere mich darüber, daß die Möglichkeit gegeben ist, daß in der Presse solche Aeußerungen gedruckt werden, die eine derartige Nichtschätzung der gesetzgebenden Versammlung Deutschlands bekunden, daß wir uns nicht ernstlich und scharf genug dagegen verwahren können. Die Preßorgane, die sich in letzter Zeit mit diesen Dingen befaßt haben, haben sich zum Sprachrohr von Ansichten gemacht, die sie als die ihrigen übernommen haben, die der Ehre und der Würde des deutschen Reichstages ins Gesicht schlagen. (Sehr richtig bei den Soz.) Dem deutschen Volk und der deutschen Wählerschaft schuldet man an allen Stellen, und mögen es die höchsten sein, Hochachtung, und auf Grund dieser Hochachtung verwahren wir uns gegen solche Aeuße-

rungen. Es handelt sich hier nicht darum, daß irgend ein Mann in Deutschland der Meinung ist, daß er keine Diäten geben wolle; Diäten zahlen die Steuerzahler, nicht ein Einzelner, dieselben Steuerzahler, die auch die Privatschatullen deutscher Fürsten füllen müssen. (Sehr gut! bei den Soz.) Der Reichstag muß durch Annahme des Antrages zeigen, daß er, um ein neuerdings bekannt gewordenes Wort zu gebrauchen, aus Kerls besteht, die sich nicht einschüchtern lassen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten und links.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Auf den Gegenstand selber will ich nicht eingehen. Nur die Aeußerungen des Vorredners zwingen mich zu einer allgemeinen Bemerkung. Die Vertretung eines großen Volkes muß sich stets gegenwärtig halten, bei der Führung ihrer Geschäfte, daß sie auf einer staatsrechtlichen Grundlage beruht, und nur aus staatsrechtlichen Gesichtspunkten ihre Geschäfte führt. Diese staatsrechtlich maßgebenden Gesichtspunkte sollten bei allen öffentlichen Fragen auch in der Presse zur Geltung kommen. Es ist deshalb außerordentlich bedauerlich, daß in der Presse immer mehr der Gebrauch einreißt, auf Grund unwürdiger Zwischenträgereien selbst die höchsten Gewalten im Reiche in die Debatte zu ziehen und absolut unwahre und erfundene Behauptungen darauf zu begründen. Ich erkläre, daß die Gerüchte, auf die der Vorredner hingedeutet hat, auf Erfindung beruhen und unwahr sind. (Hört, hört!)

Graf Arnim (Rp.) bekämpft den Antrag. Der Diätenzahlung würde abhängige Leute schaffen. (Lachen links.) Eine Jagd nach Mandaten würde entstehen. Jede kleine Interessengruppe würde ihren Kandidaten stellen, in der Hoffnung, ihm hier in Berlin eine angenehme Existenz zu sichern. (Stürmisches Gelächter links und im Zentrum.) Die Stichwahlen würden ins Ungeheure wachsen, Berufsparlamentarier würden gezüchtet werden. Dadurch wieder würden sich die Sessionen ganz unendlich in die Länge ziehen. (Lachen links.) Die Beschlußunfähigkeit kann nur durch Aenderung der Geschäftsordnung bekämpft werden. Nur wenn dieses Mittel versagt, kann man über Diäten reden. Für diese Session kann von Anwesenheitsgeldern überhaupt nicht die Rede sein, ich würde sie zurückweisen. (Lachen links.) Eine Menge Wähler haben mir das Mandat als Ehrenamt anvertraut. Die Kontrolle durch den Präsidenten würde entweder unwirksam sein oder zu einer Chikane werden, die sich Keiner gefallen läßt. Sie kommen ja schließlich noch auf die Kontrolluhr des Nachtwächters. (Lachen links.) Ohne Kompensationen würde Bismarck niemals die Anwesenheitsgelder bewilligt haben. Wenn Sie (nach links) an der Verfassung rütteln, die Sie doch alle Veranlassung haben, das Wahlrecht hochzuhalten, so dürfen Sie sich nicht wundern, daß auch andere Leute das Wahlrecht abändern wollen. (Hu! hu! links.) Unser Parlament steht höher als jedes andere, denn zu Thätlichkeiten ist es bei uns noch nicht gekommen. (Stürmische Heiterkeit.) Ein Theil meiner Freunde wird gegen den Antrag stimmen, ich hoffe, daß auch der Bundesrath sich gegen den Antrag verhalten wird. (Schwaches Bravo! rechts.)

Büsing (NL.): Die Diätenfrage muß endlich aus der Welt geschafft werden. Meine Partei tritt für diese alte liberale Forderung ein und lehnt es entschieden ab, die Gewährung von Diäten von irgend einer Gegenleistung auf dem Gebiete des Wahlrechts oder der Geschäftsordnung abhängig zu machen. (Bravo! links.) Ich bedaure, was Herr v. Levetzow über das Sinken des Niveaus des Reichstags gesagt hat. Damit hat er ein Urtheil gefällt über alle übrigen deutschen Volksvertretungen, selbst über die mecklenburgische, denn auch dort giebt es für einige Abgeordnete Diäten. Einige meiner Freunde haben Bedenken gegen Einzelheiten, wollen sie aber zurückstellen, um auszudrücken, daß sie alle mit dem Grundgedanken einverstanden sind. Wir werden geschlossen für das Gesetz stimmen. (Bravo! bei den Nationallib.)

Dr. Müller-Sagan (FVp.): Auch wir verwerfen jede Compensation. Eine Diskussion darüber wäre des deutschen Reichstages unwürdig, denn es könnte ja sonst so aussehen, als verschacherten wir Volksrechte zu Gunsten persönlicher Rechte. Die Diäten sollen den Wählern zu gute kommen, die einen größeren Kreis von Personen für die Kandidatur zur Auswahl erhalten. Wenn die Bemerkung des Herrn v. Arnim über die Diätenjagd bei Zahlung von Diäten richtig wäre, dann müßten ja die preußischen Landräthe die besten Jäger sein. (Große Heiterkeit.) Mit den Stichwahlen hat die Diätenfrage gar nichts zu thun. Gerade die Herren, die sich drüben rühmen, Vertreter des Mittelstandes zu sein, müßten doch gerade für die Diäten eintreten. Freilich, Herr Oertel schweigt heute. (Oertel: Ich habe mich bereits zum Wort gemeldet.) Sie (nach rechts) glauben doch nicht etwa im ernst, daß die Diätenlosigkeit ein Damm gegen die Sozialdemokratie bedeutet. Sehen Sie sich doch die Ostersrundigkeit der Arbeitermassen nur einmal an.

Goebel (Antis.) tritt für die Diäten ein.

Rickert (FVg.) erklärt sich für den Antrag der Kommission und beantragt namentliche Abstimmung.

Dr. Oertel (K.): Ich nehme keinen Anstand zu erklären, daß ich für die Gewährung von Tagegeldern bin. Herr Singer hat aber der Sache, die er vertreten hat, keinen sonderlichen Dienst geleistet. Ich glaube Herr Singer hat eine Anzahl Herrn auf der Rechten in dem Entschluß bestärkt, gegen den Antrag zu stimmen. (Lachen links.) Der Antrag auf namentliche Abstimmung richtet sich, glaube ich, mehr gegen den Antrag auf Diäten, als er für ihn wirken kann. Durchschlagende Gründe gegen die Diätenbewilligung sind nicht vorhanden. Was man mit der Diätenlosigkeit erreichen wollte, hat man nicht erreicht. Andrerseits ist eine Beschränkung in der Auswahl von Abgeordneten Thatsache geworden. Wenn ich auch im Prinzip für Tagegelder bin, so kann ich mich doch für den vorliegenden Antrag nicht erwärmen. Die in Berlin und den Vororten wohnenden Abgeordneten dürfen keine Diäten erhalten, denn die Tagegelder können nur als Ersatz für die durch den Aufenthalt in Berlin entstandenen Mehrkosten angesehen werden. Abänderungsanträge habe ich nicht eingebracht, weil sie vergeblich sein würden. Ich arbeite nicht gern pour le roi de Prusse (stürmische Heiterkeit links.) Ich hoffe, daß der Bundesrath eine Vorlage machen wird, die auch meine Wünsche berücksichtigt.

Lerno (Z): Vor einiger Zeit ging durch die Presse die Nachricht, daß die bayerische Regierung sich im Bundesrath gegen die Gewährung von Diäten ausgesprochen habe, im Hinblick auf die Erfahrungen im bayerischen Landtage. Ich muß dagegen entschieden protestiren und hoffe, daß die bayerische Regierung eine Erklärung abgeben wird, wie es sich damit verhält. Die Herren vom Bundesrath mögen bedenken, wie es Ihnen zu Muthe wäre, wenn sie keine Diäten bezögen und den Satz beherzigen: „Was Du nicht willst, daß man Dir thu, das sag' auch keinem andern zu.“ (Sehr. Heiterkeit.) Einer der Herren bayerischen Bundesrathsbevollmächtigten hat in letzter Zeit das Jubiläum des tausendsten Diätentages als Bundesrathsbevollmächtigter gefeiert.

Bayer. Bundes-Bevollmächt. Graf Lerchenfeld: Auf die Anfrage des Herrn Vorredners habe ich zu erklären, daß die bayerische Regierung zu dem vorliegenden Antrag noch gar keine Stellung genommen hat, da er im Bundesrath noch nicht verhandelt wurde. Im Übrigen möchte ich die Herren bitten, etwas vorsichtiger zu sein in der Beurtheilung derartiger Telegramme, wie sie im Schauspiel des Berliner Lokalanzeigers auftauchen. (Heiterkeit.) Das Papier, auf das der Lokalanzeiger gedruckt wird, ist ebenso geduldig, wie jedes andere. (Heiterkeit.)

Arendt (RP.): Mit einigen meiner Freunde werde ich für die Kommissionsfassung stimmen, wenn ich auch nicht mit allen Einzelheiten einverstanden bin.

Der Antrag Gröber (Z.) wird hierauf in namentlicher Abstimmung mit 185 gegen 40 Stimmen angenommen.

Sodann vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Anträge Albrecht (SD.) und Trimborn (Z.) betr. die Gewerbegerichte.)

Schluß 6 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Auffassung Wilhels II. von der Stellung und Bedeutung des Parlaments scheint sehr eigenartig zu sein. Wir haben bereits von der Aeußerung Notiz genommen, wonach der Monarch, nach Angabe bürgerlicher Blätter, sich unlängst geäußert haben soll: „Den Kerls auch noch Diäten? Ich gebe den Kerls keine Diäten!“ Und nun meldet der gut nationalliberale „Schwäbische Merkur“ in Stuttgart aus Weimar Folgendes: Der Kaiser habe sich am Montag vor acht Tagen auf der Wartburg bei Gelegenheit einer politischen Unterhaltung mit dem Großherzog von Weimar geäußert:

„Der Bewilligung von Diäten an die Reichstagsabgeordneten werde ich nicht eher zustimmen, **bis das Reichstagswahlgesetz eine entsprechende Aenderung in Bezug auf die Wahlberechtigung erfahren hat. Oppositionelle Volksvertreter haben wir mehr als genug,** und die Leistungen der bezahlten Landtagsabgeordneten, wenigstens in Preußen, sind auch nicht die hervorragendsten“

Auf diese Aeußerung des Monarchen ist einfach zu bemerken, daß das Volk um so mehr oppositionelle Abgeordnete in das Parlament schickt, je unzufriedener es mit der Regierung ist; insofern ist die Zahl der Oppositionellen ein annähernd richtiger Gradmesser der Stimmung im Volke. Grundfalsch ist aber die Meinung, die Zufriedenheit des Volkes wachse, wenn man durch irgend welche Mittel ihm die Möglichkeit nähme, seiner Kritik Ausdruck zu verleihen. Die Reichstagsabgeordneten sind nicht dazu gewählt, um zu den Wünschen der Regierung Ja und Amen zu sagen und sich als Geldbewilligungsmaschinen für die starken Anforderungen des beständig wechselnden Kurses aufzuthun. Sie haben ihr Amt nach Pflicht und Ehre auszuüben und sind nur dem Volke und ihrem eigenen Gewissen verantwortlich; höfische Gunst oder Ungunst hat für sie auch nicht die allergeringste Bedeutung. Bismarck hat seiner Zeit die Diätenlosigkeit eingeführt, weil er einer entsprechenden parlamentarischen Vertretung der Minderbemittelten, im Besonderen der Arbeiterklasse, Hindernisse bereiten wollte; das Mittelchen hat nicht verfangen: die stärkste politische Partei Deutschlands verfügt heute über 56 Reichstagsmandate — trotz der Diätenlosigkeit! Für unsere Partei war sie kein Hinderniß und wird auch fernerhin keins werden. Und das Volk denkt gar nicht daran, sich für das Linsengericht der Diätengewährung sein politisches Erstgeburtrecht abkaufen zu lassen. Es wäre gut, wenn die Umgebung des Monarchen den Kaiser über diesen Stand der Dinge nicht lange im Unklaren ließe.

Exzellenz Möller und die 12000 Mk.-Affaire. Wie die „Leipziger Volksztg.“ mittheilen kann, spielte Herr Kommerzienrath Möller, der jetzige Handelsminister in Preußen, bei der 12000 Mark-Affaire eine bedeutsame Rolle. Das Mitgliederverzeichniß des Zentralverbandes führt ihn auf als Vertreter des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirthschaftlichen Interessen von Rheinland und Westfalen. Ob er auch Vorsitzender dieses Vereins mit dem langen Namen ist, ist augenblicklich nicht festzustellen; auf alle Fälle wird letzterer aber thatsächlich von ihm und nach seinen Intentionen geleitet. Und an diesen Verein mit dem langen Namen ist auch einer jener erfolgreichen Bueck'schen Bettelbriefe gelangt, in denen um eine Beisteuer zu dem „etwas eigenthümlichen“ 12000 Mark-Trinkgeld für das Reichsamt des Innern ersucht wurde. Als nun seiner Zeit die „Leipz. Volksztg.“ diese interessante und peinliche Trinkgeldgeschichte enthüllte, konnte man eine eigenthümliche Beobachtung machen. Eine Reihe von bürgerlichen Blättern, die unter dem ersten Eindruck der Enthüllung das Baarzahlungsverhältniß zwischen Regierung und Zentralverband höchst bedenklich fanden, bekannten sich nach einiger Zeit zu anderen Ansichten und fanden die Geschichte nunmehr höchst moralisch und korrekt. Was war wohl inzwischen geschehen? Die Sache ist sehr einfach. Ein gewisser Herr befolgte den Grundsatz eines berühmten Komödianten, der einst erklärte: „Ich besuche jeden Rezensenten und wenn der Hund auch vier Treppen hoch wohnt.“ So sah man denn auch diesen gewissen Herrn eine Zeitlang die Stiegen zu allen politischen Rezensenten hinaufklettern. Es kostete ihn freilich viel — Mühe und Zeit nämlich. Aber er flog nie die Treppe hinunter und ein gewisser Theil der guten bürgerlichen Presse hatte wirklich einsehen gelernt, daß solch' eine Kleinigkeit von 12000 Mk. wirklich nicht so viel Aufregung und Entrüstung werth sei. Der gewisse Herr aber soll Herrn Kommerzienrath Möller verzweifelt ähnlich gesehen haben.

Minister Möller's Verdienst um die Monarchie. Im Dezember 1898 fand vor dem Berliner Landgericht ein Majestätsbeleidigungs-Prozeß gegen einen Amerikaner statt, in dem Herr Möller als Zeuge auftrat. Der Amerikaner war in einer Weinstube verhaftet worden; über die Vorgänge, die zur Verhaftung führten, sagte Herr Möller nach dem „Vorw.“ folgendes aus:

„In einer Küche sei eine Unterhaltung in so lautem Tone geführt worden, daß die allgemeine Aufmerksamkeit darauf gelenkt werden mußte. Er habe gehört, daß in der Küche ein Herr von der „erbärmlichen deutschen Nation“ und in beleidigender Weise über die Hohenzollern und den deutschen Kaiser sprach. Da habe er sich nach der Küche begeben, in welcher der Angeklagte mit seiner Begleiterin saß. Er habe ihn voller Entrüstung unterbrochen: „Ich verbitte mir, daß Sie in solchem Tone von Sr. Majestät, den Hohenzollern und dem deutschen Volk sprechen, Sie sollten sich schämen, hier so aufzutreten. Ich könnte Sie prügeln, und wenn Sie nicht innerhalb fünf Minuten das Lokal verlassen haben, lasse ich Sie hinausbringen, und wenn es durch die Polizei ist!“

Der Amerikaner wurde vom Gerichtshof freigesprochen, weil er sich nicht in normaler Geistesverfassung befunden habe. Für Herrn Möller aber war das Erlebniß nicht unbeträchtlich. Es verlautet, der Kaiser sei bei dieser Gelegenheit besonders auf ihn aufmerksam geworden.

Wie man in Preußen Minister wird. Bei uns wird Jemand, so schreibt Eugen Richter in seinem Blatt, am Abend Minister, der sich am Morgen davon noch nichts träumen läßt und den bisher auch Niemand im Reiche als Ministerkandidaten angesehen hat. So ist es auch mit Freiherrn von Hammerstein in Metz jetzt der Fall gewesen. Zum Minister des Innern war noch am Sonnabend der Oberpräsident von Bethmann-Hollweg in Aussicht genommen, Universitätsfreund des Kaisers und alter Herr der „Borussen“. Die „Deutsche Tagesztg.“ weiß bestimmt, daß mit ihm Verhandlungen gepflogen worden, aber erfolglos geblieben sind. Die Konservativen im Reichstage erzählen, der Oberpräsident habe sich für zu krank erachtet, um Minister zu werden. Die „Nationalztg.“ aber will wissen, er habe eine Bedingung gestellt, die zwar dem konservativen Partei-Interesse entsprach, aber die nicht angenommen worden sei. Genug, die Sache zerschlug sich. Nun war Holland in Noth. Woher einen andern nehmen, und zwar binnen spätestens 24 Stunden? Da erinnerte sich Graf Bülow an einen Jugendfreund, nicht des Kaisers, sondern seiner selbst (siehe darüber den folgenden Artikel „Zwei Musterknaben“) und telegraphirte an den Bezirkspräsidenten in Metz. Und siehe da, Freiherr von Hammerstein fackelte nicht lange, sondern nahm sogleich an. Der neue preußische Minister hat niemals in preußischen Diensten gestanden, und weil er nur in den Reichslanden thätig war, auch keine Gelegenheit gehabt, in der Verwaltung nach preußischen Gesetzen Erfahrungen zu sammeln. Freiherr von Hammerstein hat auch niemals zu parlamentarischen Parteien Berlins in Beziehung gestanden, sondern ist nur in Berlin erschienen, um im Deutschen Landwirthschaftsrath Elsaß-Lothringen zu vertreten. Er war daher auch niemals in der Lage, zu den Fragen der preußischen Gesetzgebung irgendwie Stellung zu nehmen. Vertrauen kann derselbe daher auf keiner Seite, auch abgesehen vom politischen Standpunkt, beanspruchen. Man weiß nur, daß er konservativ ist, weil ja seit Jahren Niemand Regierungspräsident werden kann, der nicht konservativ ist. Außerdem ist er, soweit bis jetzt bekannt, nicht mit dem ostelbischen Junkerthum verschwägert oder sonst verwandt. Daß Herr von Hammerstein im Elsaß positiv irgend etwas geschaffen hat, abgesehen von der Erledigung der laufenden Journalnummern, ist bisher noch nicht berichtet. Dagegen erfährt man in parlamentarischen Kreisen zuverlässig, daß dem neuen Minister die Gabe der Beredsamkeit ganz und gar versagt ist. — Die Art, wie man in Preußen Minister auswählt und Minister wird, ist wirklich einzig.

Zwei Musterknaben, „fromm und heiter“ — so erzählt die „Freis. Ztg.“ — waren einst auf dem Gymnasium zu Neustrelitz, Bernhard v. Bülow und Hans Frhr. v. Hammerstein. Lang', lang' ist's her. Hans war sechs Jahre älter als Bernhard. Das that der Freundschaft keinen Eintrag. Das Lob beider schallte gleichmäßig durch alle mecklenburgischen Lande. Denn seit undenklicher Zeit waren diese beiden Musterknaben die ersten Junker vom Adel, die es bis zum Abiturientenexamen brachten. Ein so excellenter Fleiß in einem Stande, der es gar nicht nöthig hat, mußte bis zur Exzellenz hinaufführen. Bernhard ist denn auch preußischer Ministerpräsident geworden und zieht jetzt den Hans nach sich herauf zum Minister des Innern in Preußen.

Die Folgen der abenteuerlichen Weltpolitik machen sich immermehr im Budget bemerkbar. Im nächsten Reichshaushaltsetat ist ein Defizit von 70 bis 80 Millionen Mark zu erwarten. In der letzten Sitzung der Schaumweinsteuerkommission wies Staatssekretär Frhr. v. Thielmann darauf hin, daß durch die Beschlüsse der Kommission sich eine Minderung der veranschlagten Einnahmen von dreiviertel Millionen Mark ergiebt. Er warnte sehr eindringlich vor diesem Abstrich, denn im nächsten Etatsjahr würde ein Fehlbetrag von mindestens 70 bis 80 Millionen Mark vorhanden sein. — Nette Aussichten für die Steuerzahler!

Kleine politische Nachrichten. Der Reichstagsabgeordnete für den 1. Wahlkreis des Regierungsbezirks Königsberg (Memel, Heydekrug) Smalakys (Wild) ist Mittwoch in Tilsit gestorben. John Smalakys, ein früherer Gutsbesitzer lebte als Führer der Litthauer in Tilsit. Der Wahlkreis Memel-Heydekrug, den von 1867 bis zu seinem Tode im Jahre 189[illegible] stets Mollke vertreten hat, wurde 1893 in der Stichwahl von der Freisinnigen Volkspartei erobert. Bei den Reichstagswahlen von 1898 siegte alsdann Smalakys in der Stichwahl gegen den Grafen Waldersee mit 7818 gegen 6456 Stimmen, nachdem in der Hauptwahl für Waldersee 5557, für Smalakys 3504, für Ancker (FVp.) 3226 und außerdem 3015 sozialdemokratische Stimmen abgegeben waren. — Die Wahlprüfungskommission des Reichstages hat die Wahl des nationalliberalen Abg. Boltz für Saarbrücken nach wiederholter Prüfung mit sechs gegen fünf Stimmen für gültig erklärt. — Wie bereits erwähnt, macht die Ernennung Möller's zum Handelsminister eine Reichstags-Ersatzwahl in Duisburg-Mülheim-Ruhrort erforderlich. Bei den letzten Wahlen im Jahre 1898 wurden 21 071 Zentrumsstimmen, 19 904 nationalliberale, 7804 sozialdemokratische, 3327 antisemitische und 863 freisinnige Stimmen abgegeben; in der Stichwahl siegte dann Möller mit 29 476 Stimmen über den Kandidaten der Zentrumspartei, der es nur auf 27 831 Stimmen gebracht hatte. — Der Abgeordnete v. Kardorff ist plötzlich erkrankt und hat Mittwoch der Sitzung der Budgetkommission des Reichstages fernbleiben müssen. — Die Reichstagskommission für das Schaumweinsteuer-Gesetz nahm die Paragraphen 1 und 2 dieses Gesetzes in der Fassung an, daß Schaumweine aus Traubenwein oder Fruchtwein und alle schaumweinähnlichen Getränke einer Verbrauchsabgabe von 60 Pf. pro Flasche unterliegen. — Die sächsische Regierung forderte die Kreishauptmannschaften auf, sofort dafür zu sorgen, daß mindestens die Städte über 20 000 Einwohner eine sozialpolitischen Erwägungen entsprechende Wohnungsordnung und Wohnungsinspektion einführen. — Die amtliche „Weimar. Zeitung“ meldet: „Die von verschiedenen Zeitungen gebrachte Nachricht, es würden voraussichtlich am 15. Mai d. Js. in Weimar Konferenzen der Minister sämmtlicher thüringischen Staaten wegen gemeinsamen Vorgehens zur Abstellung der durch Steigerung der Matrikularbeiträge in den Staatsbudgets der Bundesstaaten entstandenen finanziellen Schwierigkeiten stattfinden, entbehrt der Begründung.“ Schön; aber vielleicht finden die Konferenzen nach dem 15. Mai statt? — Im Elberfelder Militärbefreiungsprozeß wurden am Mittwoch die Plaidoyers zu Ende geführt. Die Urtheilsverkündigung erfolgt Freitag Vormittag. — Mittwoch begann vor der Strafkammer in Berlin der Sensationsprozeß gegen die Schauspielerin Milpacher, den Zimmervermiether Eger und den „Redakteur“ Ludwig Barl aus Ungarn. Die Öffentlichkeit wurde für die Dauer der Verhandlung ausgeschlossen. Es handelt sich um eine gegen den verstorbenen Prinzen Bernhard von Sachsen-Weimar unternommene Aktion der Milpacher, welche als frühere Geliebte des Prinzen von den Erben die ihr angeblich von diesem versprochene Summe von 40 000 Mk. zu erpressen suchte. — Der russische Gesandte in Bern hat beim Schweiz. Bundesrath eine Beschwerde eingereicht wegen der dortigen Maifeier, bei der Standarten mit gegen Rußland gerichteten Inschriften von der Polizei geduldet wurden.

Hoffentlich macht der Schweizer Bundesrath dem Gesandten deutlich klar, daß ihn das Thun der Schweizer Bürger in ihrem eigenen Lande nichts angeht. — Die angebliche Spionagenaffäre in Commentry (Frankreich) löst sich in nichts auf. Nach Pariser Blättern ist nunmehr festgestellt, daß der Oesterreicher Jovanonwitsch durchaus unschuldig sei. Gleichwohl werde derselbe nach Beendigung der Untersuchung nach der Grenze abgeschoben werden. — Die sozialistische Linke der belgischen Repräsentantenkammer hielt Mittwoch eine Versammlung ab und beschloß einstimmig, die Gesetzesvorschläge der Regierung hinsichtlich der Kongo-Konvention abzulehnen. — Die Konferenz der englischen Bergarbeiter in London beschloß, eine allgemeine Arbeitseinstellung nicht zu empfehlen. Falls die Grubenbesitzer in irgend einem Distrikte die Löhne herabsetzen, dann soll eine allgemeine Konferenz einberufen werden, um darüber zu beschließen, ob die Arbeiter sämmtlicher Bergwerke in den Ausstand treten sollen. — Die ausständigen Lastträger im Hafen von Genua nahmen die Arbeit wieder auf. (Vergleiche die Notiz unter „Streiks und Lohnbewegungen" in der Beilage der heutigen Nummer. Red.) — Eine angebliche Anarchistenthat — in Wirklichkeit dürfte es sich nur um meuternde Militärsträflinge gehandelt haben, die man schlecht behandelt hatte — wird aus Algier gemeldet: An Bord des Dampfers „Tuareg", welcher 13 Militärhäftlinge von Port Ventes nach dem Strafhaus in Algier transportirte, spielte sich am Dienstag ein blutiges Drama ab. Sieben Häftlinge, darunter ein Anarchist, brachen aus den Zellen aus und schrieen „Nieder mit der Armee, hoch die Anarchie". Unter den Passagieren entstand eine Panik. Gendarmen stürzten sich auf die Häftlinge, um sie festzunehmen. Ein Anarchist Namens Benne bedrohte einen Gendarmen mit dem Messer, worauf dieser ihn durch einen Revolverschuß niederstreckte. — In Bulgarien ist ein großes Ministersterben ausgebrochen. Mittwoch starben plötzlich der jetzige Unterrichtsminister Slaveikow und der frühere Ministerpräsident Grekow. Vielleicht war ihr Tod kein ganz freiwilliger.

Spanien.

In Barcelona ist es Dienstag zu größeren Ruhestörungen gekommen. Große Volksmassen stürmten ein Polizeibureau, dessen Möbel verbrannt wurden, sowie mehrere städtische Zollhäuser. Zwei Personen wurden bei dem Auflauf von Gensdarmen getödtet, über 300 verhaftet. Sagasta berief sofort infolge der Vorgänge einen Ministerrath ein, der die Verhängung des Kriegszustandes beschloß. Nach offiziösen Meldungen wurden die Ruhestörungen angeblich durch Anarchisten hervorgerufen, die bekanntlich in Barcelona zahlreich vertreten sind.

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatze melden Londoner Blätter, daß in den letzten Tagen in Nord- und Ost-Transvaal größere Gefechte stattfanden, bei denen die Buren angeblich schwere Verluste erlitten. (Wenn nur nicht das Umgekehrte der Fall gewesen ist! Zum mindesten ist Kitchener's Schweigen verdächtig. Red. d. L. V.) 40 Buren seien getödtet, 200 verwundet worden; 160 ergaben sich. Zahlreiche Dokumente und Banknoten, 220 Wagen und 9000 Pferde wurden erbeutet. Nach Meldungen derselben Blätter soll wieder einmal unter den Burenstreitkräften „große Demoralisation" herrschen. — Wie oft schon haben englische Blätter Nachrichten ähnlichen Inhalts gebracht, um sich dann später Lügen strafen zu lassen! Die angebliche „große Demoralisation" der Buren stellt sich jedesmal als eine Anwendung ihrer bewährten Taktik heraus.

Aus Standerton wird gemeldet: Sonntag sind von hier einige britische Kolonnen abgegangen, um sich mit der vom Platrand aufgebrochenen Kolonne zu vereinigen. Während des Marsches unterhielten die Buren ein ständiges Feuer. Die Platrand-Kolonne erreichte in derselben Nacht Weltevreden, wobei der Feind einigen Widerstand leistete. Am nächsten Tage wurde das Burenlage bei Uitkyk von der Kolonne des Obersten Colville aus Heidelberg überrumpelt, wobei drei verwundete Buren gefangen, vier Wagen, 13 Pferde, 500 Stück Vieh sowie Munitionsvorräthe erbeutet wurden. Nebel machte die Verfolgung des Feindes unmöglich. Die Kolonne setzte sodann den Marsch nach Süden fort und griff ein anderes Burenlager an, ohne Widerstand zu finden. Ein Maxim- und ein Nordenfeldt-Geschütz, ferner einige Wagen mit Vorräthen fielen in die Hände der Engländer. Inzwischen ging die Platrand-Kolonne gegen Voral vor. Am 5. Mai griffen die Buren energisch die britischen Aufklärungstruppen an, die jedoch die Stellung behaupteten und den Feind schließlich vertrieben. Die Engländer hatten 3 Todte und 2 Verwundete.

Die englische Kolonne, die nach Durchquerung der Distrikte Roos Senekal und Tatesburg aus Middelburg in Belfast eintraf, hatte, wie Reuter meldet, auf dem Marsche nur ein ernstes Gefecht, als sie Buren aus den Verstecken vertrieb, in denen ihre Familien verborgen waren. Die Generale Botha und Viljoen haben ihre Kommandos vereinigt und halten Carolina besetzt.

Das „Bureau Laffan" meldet aus Pretoria: Die Burenflüchtlinge in Pietersbourg erklären die große Anzahl von Waffenniederlegungen in der letzten Zeit durch die Thatsache, daß Botha sich aller Schwächlinge zu entledigen wünschte. Er hielt neuerdings eine Ansprache, worin er betonte, daß er nur solche Männer halten werde, die gewillt seien, fortzukämpfen bis ans Ende.

Englands Blutopfer in Südafrika wachsen ins Riesenhafte. Das Kriegsamt veröffentlicht die Verluste bis zum 30. April. Demnach umfassen die Totalverluste Englands bis dahin: 355 Offiziere und 3667 Mann, die im Felde getödtet worden sind, 115 Offiziere und 1230 Mann starben an Verwundungen, 4 Offiziere und 92 Mann erlitten den Tod in der Gefangenschaft, 232 Offiziere und 8949 Gemeine sind an Krankheiten zu Grunde gegangen, 8 Offiziere und 326 Mann verloren durch Zufall (?) ihr Leben, 7 Offiziere, 744 Mann werden vermißt oder gefangen genommen. 1977 Offiziere und 45762 Mann kehrten als Invaliden nach der Heimath zurück. Von diesen starben 314 nach ihrer Rückkehr. Insgesammt belaufen sich die Verluste also auf 63468 Offiziere und Mannschaften. In dieser Zahl sind die Kranken und Verwundeten, welche sich augenblicklich in südafrikanischen Hospitälern befinden, nicht einbegriffen. Es kommen also noch 35000 Kranke und 10000 Verwundete hinzu, so daß der Krieg bis jetzt rund **110000 Menschen** auf englischer Seite Leben oder Gesundheit gekostet hat. Und trotz aller dieser Opfer ist für England kein Enderfolg abzusehen. Aufsehen erregt in London ein Brief, den die „Times" unterm 28. April aus Kroonstadt erhalten haben und der die Lage des Britenheeres in Südafrika in düsteren Farben schildert. Der Versuch, die Oranjekolonie von den Buren zu säubern, sei, wenn auch nicht gänzlich gescheitert, so doch nicht besonders erfolgreich gewesen. Nicht weniger als 75000 Mann seien zur Bewachung der Eisenbahnen erforderlich, außerdem erheischten die Hauptstädte an den Verbindungslinien starke Besatzungen. Folglich sei nur ein Drittel der aktiven Armee für die Operationen gegen den Feind verfügbar. Dieses Drittel sei durch Krankheiten geschwächt, die Truppen seien durch den langen Feldzug ermüdet, apathisch geworden, überdies seien sie nicht mobil genug. Die Armee bedürfe der Ruhe. Wenn ihr diese nicht gegönnt werden könne, müsse sie durch frisches Blut ergänzt werden.

China.

Vom Chinawirrwarr. Wie „Wolffs Bureau" aus Peking berichtet, beschlossen die Gesandten Dienstag, eine gemeinsame Note an China zu richten, worin sie mittheilen, daß der Gesammtbetrag der Entschädigungsforderung auf 450 Millionen Taels festgesetzt wird, und um Mittheilung darüber ersuchen, in welcher Weise China die Zahlungen zu bestreiten gedenke.

Zu der Tödtung eines russischen Offiziers durch eine deutsche Wache in Tientsin wird noch gemeldet: Jüngst verursachten Nachts betrunkene russische Offiziere großen Lärm und kamen dadurch mit deutschen und englischen Polizeisoldaten in Streit. Als der Leutnant Telekowski vom Kriegsschiff „Lobe" einen der deutschen Polizeisoldaten angriff, gab dieser in der Nothwehr Feuer und verwundete den Leutnant, der dann seinen Verletzungen erlegen ist.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 9. Mai.

Achtung, Bürstenmacher! In der Bürstenwaarenfabrik von J. H. Hintze in Reinfeld sind infolge Lohnreduzirungen Differenzen ausgebrochen. Zuzug von Bürstenmachern (Bohrern) ist bis auf Weiteres fernzuhalten.

Achtung! Klempner! Die Klempnergesellen Harburgs streiken. Zuzug ist fernzuhalten.

Die geplante Bahnhofsreform und die Arbeiter. Nachdem die Verwirklichung des Projekts der Bahnhofsreform durch die Vorlage des Berichtes der Direktion an die Aktionäre der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft in greifbare Nähe gerückt ist, steht wohl zu erwarten, daß nach Annahme der Vorlage von Seiten der Aktionäre recht bald mit den Umbauten begonnen wird. Wir halten diese Beschleunigung für unbedingt nothwendig angesichts des Umstandes, daß sich die gesammten Bauarbeiter Lübecks infolge der mangelnden Bauthätigkeit in einer sehr prekären Lage befinden. Ihnen würde durch die baldige Inangriffnahme der Umbauten Arbeitsgelegenheit verschafft, ganz abgesehen davon, daß durch letzteren Umstand die verheerenden Wirkungen der Krise für den hiesigen Arbeitsmarkt theilweise abgeschwächt würden. Es erscheint uns ganz selbstverständlich, daß man bei Vergebung der Arbeiten die betreffenden Unternehmer vertragsmäßig verpflichtet, hiesige Arbeiter zu beschäftigen, und zwar zu den zwischen Gewerkschaftsorganisationen und Unternehmern vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die hiesige Arbeiterschaft hat ein Recht zu dieser Forderung, schon deshalb, weil sie einen sehr großen Theil zu den Kosten durch Steuern aufbringen muß. Hoffentlich bleibt unsere Anregung nicht unbeachtet.

Zur Kirchhofsfrage berichtet die „E.-Z.", daß in Anbetracht der schnellen Belegung des jetzigen St. Lorenz-Kirchhofes Kirchhofsbehörde und St. Lorenz-Kirchenvorstand die Frage der Anlegung eines zweiten Kirchhofs in St. Lorenz wiederholt erörtert hätten und demnächst mit einem Projekt an die gesetzgebenden Körperschaften herantreten würden. — Warum muß sich denn der Kirchenvorstand mit dieser Frage beschäftigen? Wir sind der Meinung, daß die Anlegung von Kirchhöfen Sache des Staates ist.

Für die Prügelstrafe erwärmen sich die „Lübeckischen Anzeigen" in einem Artikel ihrer gestrigen Nummer. Sie geben sich der Hoffnung hin, daß in dieser Frage schließlich doch noch eine Einigung zu erzielen sei. — Diese Stellungnahme des „nationalliberalen" Amtsblattes entspricht ganz seiner bisherigen Haltung. Glücklicher Weise haben aber die Prügelpädagogen mit ihrem „Knuten-Oertel" an der Spitze wenig Aussicht auf Erfolg.

Strzelewicz-Abend. Das am gestrigen Abend vom Sozialdemokratischen Verein im „Vereinshaus" arrangirte humoristische Konzert hatte sich eines ziemlich guten Besuches zu erfreuen. Eingeleitet wurde dasselbe durch zwei musikalische Vorträge. Denselben folgte das vorzüglich zu Gehör gebrachte Gesangsterzett „Der Mai ist da." Die nun folgenden Darstellungen waren so ausgezeichnet, daß es schwer fällt, die beste derselben herauszufinden. Besonders hervorgehoben sei die Soloszene „Schuster Zwickel", welche mit Recht als eine treffende, die ganzen Ereignisse der jüngsten Zeit charakterisirende Satyre bezeichnet werden kann. Den 2. Theil des Programms bildete ein von Strzelewicz inszenirter, „Ein Rother" betitelter Schwank, der in ulkiger Weise ein kleines Bild von einer mißglückten Sozialistenverfolgung entrollte. Im 3. Theile wechselte ein humoristisches Gesangsterzett mit einem Couplet, einem Soloscherz und einer Soloszene ab. Der Schluß des Programms bestand aus der humoristisch-musikalischen Szene „Ein verunglücktes Ständchen", welche die Lachmuskeln der Erschienenen in lebhafte Bewegung setzte. Sämmtliche Darstellungen zeugten von einem frischen, freien Humor, wie er selten anzutreffen ist. Das Publikum kargte denn auch nicht mit seinem Beifall und veranlaßte regelmäßig die Darsteller zu einer Zugabe. Der gestrige Abend ist als ein äußerst genußreicher zu verzeichnen, der den Arbeitern nach des Tages Last und Mühen gegen geringes Entgelt ein paar heitere Stunden brachte. — Heute Abend, 8½ Uhr präcise findet das letzte Auftreten der bewährten Künstlergesellschaft statt und wird dadurch Denen, die am gestrigen Tage verhindert waren, Gelegenheit geboten, den Darstellungen der beliebten Künstler beiwohnen zu können. Es ist ein vollständig neues Programm aufgestellt.

Der Zoologische Garten, der sich ehemals großer Beliebtheit bei Groß und Klein erfreute, soll demnächst, wie uns soeben mitgetheilt wird, wieder eröffnet werden. Mit der größten Anstrengung wird an der Renovirung der Käfige wie auch Instandsetzung des Gartens gearbeitet. Auch die Restaurationsräume werden mit gänzlich neuem Inventar geschmackvoll ausgestattet. Sämmtliche Thiertransporte treffen bis zum 12. d. M. ein und glaubt der Besitzer, da weder bei den Thierkäufen, noch der sonstigen Einrichtung des Gartens irgendwie eine verkehrte Sparsamkeit angewandt ist, sich der Hoffnung hingeben zu dürfen, auch verwöhnteren Ansprüchen gerecht werden zu können. Hoffentlich wird das Publikum Lübecks und Umgegend dieses für Groß und Klein so lehrreiche Institut durch zahlreichen Besuch sowie auch durch Zeichnung von Abonnementskarten unterstützen, umsomehr als die bisherigen bescheidenen Eintritts- wie auch Abonnementspreise bestehen bleiben und auch die Sonntag-Nachmittags-Konzerte in der alten Weise von nur renomirten Kapellen ausgeführt werden. Die Eröffnung des Gartens wird voraussichtlich im Laufe der nächsten Woche erfolgen können.

Ein wichtiges Urtheil fällte Dienstag das Hamburger Gewerbegericht. Es sprach sich dahin aus: Wenn in einem Großbetriebe die Kündigung durch Arbeitsordnung ausgeschlossen, so gilt nicht ohne Weiteres dieselbe Arbeitsordnung auch in dem Arbeitsverhältniß eines Unterpächters in jenem Betriebe mit seinen Leuten. Der Thatbestand war folgender: 4 Kaiarbeiter klagten gegen den Stauer B., der einen Theil der Staatskais in Pacht hat, auf Zahlung je zweier Wochenlöhne, weil sie ohne Kündigung entlassen waren. Beklagter berief sich auf § 29 der Dienstordnung an den Staatskais, wonach die Auflösung des Arbeitsverhältnisses beiderseits täglich ohne Angabe von Gründen erfolgen dürfe. Grund der Entlassung sei, daß die Kläger nicht genügend gearbeitet hätten. Zudem hätten sie bei ihrer angekündigten Entlassung keinen Widerspruch erhoben. Letzteres wurde von den Arbeitern bestritten. Nachdem bezüglich zweier Kläger ein Vergleich zu Stande gekommen, verurtheilte das Gericht hinsichtlich der beiden anderen Kläger Beklagten zur Zahlung der eingeklagten Beträge, darauf hinweisend, daß die Dienstordnung der Staatskai-Arbeiter für die Kläger nicht in Betracht komme. Beklagter hätte eine eigene Arbeitsordnung erlassen können. Da das nicht geschehen, könne das Arbeitsverhältniß nur unter Innehaltung einer vierzehntägigen Kündigungsfrist gelöst werden.

Strafkammer. In der gestrigen Verhandlung stand der Schlosser D., der zur Zeit wegen der seinem Schwiegervater durch die Bezichtigung der Blutschande zugefügten Beleidigung eine sechsmonatliche Gefängnißstrafe verbüßt, unter der Anklage des Betruges seines Schwiegervaters Sch., sowie des Produktenhändlers M. und wegen Hausfriedensbruchs vor den Schranken des Gerichts. Der Thatbestand ist kurz Folgender: Im Herbst 1899 gründete Angeklagter hier eine Fahrradhandlung; als Zahlung gab er seinem Lieferanten einen Wechsel über 487,80 Mk., den der Schwiegervater acceptirte, nachdem D. ihm vorgeschwindelt, er habe demnächst eine Erbschaft von 13000 Mk. zu erwarten. Da der Wechsel nicht eingelöst wurde, mußte Sch. zahlen. Nunmehr trat eine Aenderung insofern ein, als nicht mehr D., sondern Sch. die Fahrräder verkaufte; D. war nur Verkäufer, der das vereinnahmte Geld seinem Schwiegervater abzuliefern hatte. Dies hat er nicht gethan, und so wurde Sch. vollständig zum Ruin getrieben, nachdem er vorher noch für ein von dem Angeklagten aufgenommenes Darlehn von 300 Mk. in Gemeinschaft mit M. die Bürgschaft übernommen hatte. Schließlich in der Heimath des Angeklagten eingezogene Erkundigungen ergaben, daß die Erbschaft bereits nach und nach ausgezahlt sei. Schm. verbot schließlich dem D. sein Haus. Dieser aber betrat dasselbe dennoch und konnte nur mit Gewalt entfernt werden. D. leugnete Alles. Das Gericht verurtheilte ihn jedoch zu insgesammt neun Monaten Gefängniß. Die Strafe wird mit der bereits erkannten sechsmonatlichen Gefängnißstrafe zu einer Gesammtstrafe von 1 Jahr und 1 Monat zusammengezogen.

Wegen Unterschlagung ist gegen einen hiesigen Bierfahrer Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet. Der Verhaftete ist, wie uns noch mitgetheilt wird, der frühere „arbeitswillige" Brauereihülfsarbeiter Bodieno.

* **Kleine amtliche Nachrichten.** Laut Eintragung im Handelsregister ist die Firma G. Kagel u. Co., nach dem Ableben von L. D. H. Bannan auf L. C. C. Sterzel und H. Bannan übergegangen. Aus dem Vorstand der Firma „Lübecker Badeanstalt" sind H. Lüders und Rechtsanwalt A. G. Erasmi ausgeschieden, an deren Stelle traten P. L. Strack und Dr. H. H. Küstermann — Ueber das Vermögen des Fettwarenhändlers Friedrich Koop, Glockengießerstraße 31, ist das Konkursverfahren eröffnet worden. Konkursforderungen sind bis zum 1. Juni anzumelden. Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen findet am 15. Juni statt. Zum Konkursverwalter wurde Kaufmann W. H. Möller zu Lübeck ernannt.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Der Maurerstreik in Neustadt (Mecklenburg) hat mit einem Siege der Arbeiter geendet, dank der vortrefflichen Organisation der Maurer. — In Wismar haben wegen Lohndifferenzen die Tischler des Meisters Gleu die Arbeit niedergelegt. Ueber die Werkstatt ist die Sperre verhängt worden. — Ein großer Theil der Maurer in Ribnitz (Mecklenburg) schritt wegen Ablehnung ihrer Forderung um Verlängerung der Mittagspause auf anderthalb Stunden zum Streik. — Die Zimmerer von Friedrichsort (Schleswig-Holstein) und Umgegend befinden sich im Streik. — Die Kupferschmiede Hamburgs haben am Mittwoch in allen Werkstätten, deren Inhaber die aufgestellten Forderungen nicht bewilligten, die Arbeit niedergelegt. Auf der Blohm u. Voß'schen Werft wurden anläßlich dieses Streiks 18 Kupferschmiede-Hülfsarbeiter entlassen. Der Arbeitgeber-Verband hat seine angekündigte Massen-Aussperrung noch nicht vorgenommen, denn der Betrieb auf den Werften geht unbehindert weiter. Es scheint vorläufig nur bei der Drohung bleiben zu sollen. — Einen Reinfall der Polizei haben unsere Harburger Genossen zu verzeichnen. Dort hielt im Laufe des verflossenen Winters Laufkötter aus Hamburg eine Reihe geschichtlicher Vorträge. Darin erblickte die Polizei ein Vergehen gegen das Vereins- und Versammlungsgesetz; das Schöffengericht sprach jedoch Wirth als auch Vortragenden frei. Auf eingelegte

Berufung des Staatsanwalts schloß sich das Landgericht in Stade ebenfalls diesem freisprechenden Erkenntniß an und legte der Staatskasse die Kosten und die Ersetzung der nothwendigen Auslagen auf, da die Staatsanwaltschaft die Erfolglosigkeit der Berufung hätte einsehen müssen. — Aus Bremen wird ein erfreulicher Aufschwung der dortigen Gewerkschaftsbewegung gemeldet. Die Mitgliederzahl pro 1900 weist gegen das Vorjahr eine Zunahme von 1379 auf; dem Gewerkschaftskartell sind 10 267 Mitglieder angeschlossen. Die Zahl der Verbände ist um 4 gestiegen. Wir begrüßen diesen Fortschritt mit Freuden.

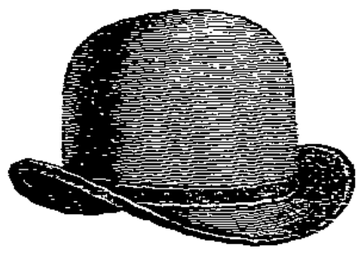
Kleine Chronik der Nachbargebiete. In Malchow hat der dortige Magistrat einen Vertrag über elektrische Straßenbeleuchtung auf die Dauer von 15 Jahren abgeschlossen. — Aus der Umgegend von Itzehoe wird über verschiedene Brände berichtet. In Seedorf brannte das Gewese eines Landmannes vollständig nieder, wobei 3 Pferde und 17 Stück Kühe und Jungvieh umkamen. Auch das Gewese eines Landmanns in Beldorf wurde vollständig eingeäschert. — Zu der äußerst geringen Strafe von 8 Tagen Gefängniß wurde in Kiel der Feuerwerker König vom Schulschiff „Stosch" verurtheilt, der einem Schiffsjungen an einem Tage 50 wohlgezählte Ohrfeigen versetzte. — In Neumünster wurden Mittwoch durch eine furchtbare Gasexplosion eine Frau und ein Mädchen schwer verletzt. — Dienstag Abend kenterte in der Föhrde von Flensburg ein Segelboot, in dem sich sechs Glasarbeiter befanden. Vier retteten sich durch Schwimmen, zwei ertranken. — Als verschollen zu betrachten sind die Finkenwärder Fischerkutter „Laertes" und „Planet". Ersterer ist in seetüchtigem Zustande am 28. September 1900 auf Seefischerei abgesegelt, letzterer am 4. Oktober v. Js. Mit beiden Fahrzeugen, die wenige Tage später zuletzt gesichtet sind, ist die gesammte Besatzung vermuthlich untergegangen. Bei dem Fehlen jeglicher Nachricht konnten die Ursachen des Unterganges in keinem Falle festgestellt werden.

Kiel. In dem Prozesse der Stadt Kiel gegen die Marine und den preußischen Fiskus beschloß das Landgericht Kiel, wie die „Kieler Ztg." meldet, Beweis darüber zu erheben, in welchem Sinne die Worte der Urkunden von 1331, 1390 und 1461, worin der Stadt die Rechte auf den Hafen verliehen werden, aufzufassen sind. Insbesondere soll darüber das Gutachten von Sachverständigen eingeholt werden, ob das Wort dominium in der Verleihungsurkunde der Stadt ausschließliche Rechte am Hafen und Strande verleiht oder nur Hoheitsrechte. Das Landgericht setzte den Werth des Streitobjektes auf 5 Mill. Mark fest.

Bremen. Die Bürgerschaft beschloß mit großer Mehrheit, die Verbrauchssteuer auf Fleisch, Butter und Käse aufzuheben und sie durch eine höhere Einkommen- und Gebäudesteuer zu ersetzen.

41 Hüxstrasse 41. * Mk. 3.15-Hut-Bazar.

Einzigster dieser Art am Platze.



Meine Hüte sind bekannt als elegant und dabei die billigsten. Bitte meine Hüte nicht mit anderen zu vergleichen. Heute ist eine große Sendung eingetroffen in hochmodernen Facons und jeder Farbe **nur Mk. 3.15.**

Strohhüte, Mützen, Cylinder in grosser Auswahl.

Empfehle auch mein Special-Geschäft in **Wäsche, Tricotagen, Cravatten, Schlipsen, Hosenträgern.**

Strumpfwaaren zu spottbilligen Preisen für Damen, Herren und Kinder.

41. **Bitte genau auf meine Firma und Nummer 41 zu achten, und nicht mit anderen zu verwechseln.**

H. Stoppelman, Mk. 3.15-Hut-Bazar, Hüxstr. 41, Schirmfabrik: Hüxstr. 43.

Für die herzliche Theilnahme bei dem Begräbniß meines lieben unvergeßlichen Mannes und meiner Kinder treusorgendem Vater sagen allen Bekannten und Verwandten, sowie dem Militär- und Wirthe-verein, insbesondere Herrn Hauptpastor Trummer für die trostreichen Worte innigsten Dank.

Elisabeth Dahmcke,
geb. Bartelmann,
nebst Kindern.

Lübeck, den 8. Mai 1901.

Ein möblirtes Zimmer nach vorne zu vermiethen an einen Herrn oder Fräulein
Brüderstraße 10 a, 1. Et.

Ein möblirtes Zimmer an 1 oder 2 junge Leute zu vermiethen.
Zu erfragen Beckergrube 66, im Laden.

Ein freundliches Logis
für 1 oder 2 junge Leute Ludwigstraße 58.

Gesucht p. sof. 1 alte Frau b. Kindern
Näheres **J. Eggers,** Stavenstraße 33.

Eine Schneiderin empfiehlt sich
in und außer dem Hause. Näheres
Fünfhausen 3. 4.

Ein Kinderwagen billig zu verkaufen
Oberstraße 37. 3.

Zu verkaufen ein Bett 20 Mk., eine Bettstelle 10 Mk. St. Annenstraße 12.

Ein neuer Kinderwagen bill. z. verk.
Heinrichstraße 22, part.

Ein fast neues Bett, Bettst. u. Matr.
billig zu verkaufen. Näheres
Friesstraße 3, 1. Et.

2 g. gearbeit. Garnitur f. a. 60 Mk., 1 Sofa 5 Mk., 1 eleg. 2schläf. Bettst. m. Springgiebel-matratze 26 Mk. umzugshalber schnell zu verkaufen.
Fischergrube 51, part. rechts.

Große Partien
best. grober Mettwurst
Pfd. 50 u. 75 Pfg.
Bahnstr. 10. Hans Wegener.

Schweizer Bruchkäse Pfd. 60 Pfg.
Tilsiter Fettkäse Pfd. 50 Pfg.
Alten Tilsiter Käse Pfd. 40 Pfg.
Alten Holsteinischen Käse Pfd. 25 Pfg.
Bahnstr. 10. Hans Wegener.

Gesundheitsschutz
in Staat, Gemeinde u. Familie.
Herausgegeben von
Emanuel Wurm
unter Mitwirkung von Ärzten und Fachgelehrten
Erscheint in 25 Lieferungen à 20 Pfg.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Hansa-Brauerei Aktiengesellschaft Lübeck.
— Fernsprecher 161. —
Wir empfehlen unsere ausschliesslich aus bestem Hopfen und Gerstenmalz bereiteten
Lager- und Tafelbiere
in bekannter Güte, sowie unser
Kapuzinerbräu
welches, nach **Münchener Art**, ebenfalls streng nach den Vorschriften des bayrischen Braugesetzes gebraut ist, und erbitten uns Bestellungen direct oder durch die Bierführer.

Kartoffeln.
Eierkartoffeln 2 Faß 50 Pfg. „ 95 „
Sack, 100 Pfd., 3,40 Mk.
Magnum bonum 2 Faß 40 Pfg. „ 75 „
100 Pfd. 2,50 Mk.
ab meinem Hause frei ins Haus geliefert. Nach Uebereinkunft bei Abnahme von 1000 Pfd. pro 100 Pfd 10 Pfg. billiger.
Karl Voss, Holstenstraße 27.

Bekanntmachung.
Den Schlutuper Bewohnern zur gefl. Nachricht, daß ich jeden Montag u. Donnerstag
frisches Brod aus der Lübecker Genossenschafts-Bäckerei
erhalte und bitte bei Bedarf um gefl. Abnahme.
Heinr. Möller, Schlutup.

Unterzeichnend rechts!
Seltener Gelegenheitskauf.
Eine Partie
elegante Herren- und Knaben-Anzüge, sowie ein großer Posten einzelne Hosen, um damit zu räumen, fast für die Hälfte des reellen Werthes.
Marlesgrube 38.
Unterzeichnend rechts!

Empfehle bei billigsten Preisen mein großes Lager in Schuhwaaren, Garderoben, Hüten, Mützen, Kajen, Hemden, Manufactur u. s. w.
Rud. Kracht, Ratzebg. Allee 40.

Auf Abzahlung
Ganze Möbelausstattungen
auch einzelne Mobilien
H. Prüssmann & Sohn
Lübeck, Marlesgrube 23.

Prima Magnum bonum
Feinste franz. Eierkartoffeln
Beste Rosenkartoffeln
empfehlen billigst
Spethmann & Fischer
Beckergrube No. 59.

H. Heitmann
Uhrmacher
70 Beckergrube 70.
Federn-Einsetzen 1,00 Mk.
Uhren-Reinigen 1,50 Mk.

Achtung!
Lastadiearbeiter!

Mitglieder-Versammlung
am Freitag den 10. Mai
Abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Der Vorstand.

Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler u. and. gewerbl. Arbeiter.

Mitglieder-Versammlung
am Freitag den 10. Mai d. Js.
Abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50/52.
Tages-Ordnung:
Stellungnahme zu der am 22. Juli 1901 stattfindenden Generalversammlung.

Die Lokalverwaltung.

Achtung!
Tabackarbeiter!

Mitglieder-Versammlung
am Montag den 13. April 1901
Abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung:
1. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Tabackfabrik von Ernst Wiencke, Johannisstraße 43.
2. Verschiedenes.

Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete": Johannes Stelling. — Verleger: Theod. Schwartz.
Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 108. Freitag, den 10. Mai 1901. 8. Jahrgang.

Die letzte preußische Landtagssession.

Mehr und mehr hat sich die Tribüne des preußischen Landtages zu der Stätte entwickelt, von der herab die Junker und Junkergenossen ihre auf Knebelung, Verdummung und Ausbeutung des Volkes gerichteten Pläne so frei und unverhüllt, als handelte es sich um die gerechteste Sache der Welt, verkünden. Hier, wo die Herren fast unter sich sind, wo kein Arbeitervertreter ihnen die Maske vom Gesicht reißen kann und wo die freisinnige Opposition nur zaghaft ab und zu, wenn die Junker es gar zu bunt treiben, ihnen ein Halt zuruft, offenbaren sie ihre innersten Herzenswünsche. Hier untergraben sie, die angeblich die Königstreue in Erbpacht genommen haben, planmäßig die Autorität der Krone, hier zwingen sie die Minister, ihnen zu Willen zu sein, hier versuchen sie, die ganze Gesetzgebung des Staates in den einseitigen Dienst einer kleinen, nur durch künstliche Mittel am Leben gehaltenen Klique zu stellen.

Wenn irgend ein Parlament, so spiegelt das preußische Junkerparlament die Klassenwirthschaft wieder; wenn irgendwo, so bewahrheitet sich hier das Wort von der einen reaktionären Masse. Arm in Arm sehen wir die Pfaffen sich mit den Junkern verbinden, und auch die Schlotjunker treten diesem Komplott bei, wenn es gilt, der Arbeiterschaft einen Schlag zu versetzen. Die konservativ-klerikale Herrschaft, unter der Preußen schmachtet, hat es allmählich dahin gebracht, daß der größte deutsche Bundesstaat aus der Reihe der Kulturstaaten ausscheiden muß. Darüber kann Niemand mehr im Zweifel sein, der den Verlauf der eben geschlossenen Landtagssession mit Aufmerksamkeit verfolgt hat.

Preußen schwimmt fast im Geld. Millionen und abermals Millionen an Ueberschüssen werden erzielt, aber dies Geld wird nicht für Zwecke des allgemeinen Staatswohls, nicht zur Befriedigung kultureller Bedürfnisse verwendet, sondern fließt, soweit es nicht durch die Militär- und Marinepolitik des Reiches drauf geht, in die Taschen der nimmersatten Agrarier, die, je mehr sie erhalten, desto lauter nach neuen Liebensgaben schreien. Die Eisenbahnen bilden die ergiebigste Einnahmequelle für den Staat, der Ueberschuß, den sie abwerfen, erhöht sich von Jahr zu Jahr, aber nichts geschieht zur Durchführung der dringendsten Reformen; keine Ermäßigung der Personentarife, keine Beseitigung der menschenunwürdigen Viehwagen, vierte Wagenklasse genannt, keine Verkürzung der Arbeitszeit für die bis zum Umsinken durch ihre dienstliche Thätigkeit in Anspruch genommenen Unterbeamten und Arbeiter, keine Lohnaufbesserung. Die einzigen Reformen bestehen in der Bewilligung von Ausnahmetarifen für ländliche Produkte zu Gunsten der Landwirthschaft und zum Schaden des Handels.

Gleich günstig wie der Etat der Eisenbahnverwaltung schließt der Handelsetat ab, aber auch hier keine Reformen. Die preußische Fabrikinspektion ist so elend wie kaum in einem anderen Bundesstaate. Das Fortbildungsschulwesen, das gleichfalls dem Handelsminister unterstellt ist, fordert den Spott und Hohn aller Kulturländer heraus, im Bergbau müssen gegen kargen Lohn Männer und Frauen ungebührlich lange schuften.

In der Volksschule herrscht völlig uneingeschränkt der konservativ-klerikale Geist, dessen Ziel nicht die Aufklärung, sondern die Verdummung der Massen ist. Der Einfluß der Pfaffen wächst von Tag zu Tag und fast ist der Zweck des Zedlitzschen Volksschulgesetzentwurfs erreicht, auch ohne daß er zur Verabschiedung gelangt ist. Es werden Halbtagsschulen errichtet, der Unterricht wird auf das Mindestmaß beschränkt, damit die Kinder der Landarbeiter den Junkern Frondienste leisten können. Die jämmerliche Beschaffenheit der Schulbauten, der Brühlschen Schulpaläste, ist sprichwörtlich geworden, an Volksschullehrern herrscht Mangel im ganzen Staate.

Und wie die Volksschule, so sollen auch die Universitäten in den Dienst der herrschenden Klassen gestellt werden. Wie der Vorgänger des jetzigen Kultusministers auf Anregung des Königs Stumm die Wissenschaft zur melkenden Kuh für die Schlotbarone herabgewürdigt hat, so wird auch Herr Studt nicht umhin können, das Verlangen der Hahn und Wangenheim zu erfüllen und Lehrer auf die Lehrstühle für Nationalökonomie zu berufen, die beim Bund der Landwirthe eine Nachprüfung abgelegt haben.

Daß es so weit gekommen ist, daß alles, selbst die Wissenschaft, den Agrariern dienstbar gemacht wird, daran ist einzig und allein die schwächliche Haltung der Regierung schuld. Ein trauriges Bild ist es, das die leitenden „Staatsmänner" uns bieten. Auch nicht ein einziger ist seiner Aufgabe gewachsen, und wenn wirklich einmal ein fähiger Minister in die Regierung berufen wird, so benutzt er seine Gaben im Interesse der Junker gegen das Volk. Der Justizminister macht die Justiz zur feilen Dirne, er predigt den Grundsatz, daß die verfassungsmäßige Gleichberechtigung unter seiner Herrschaft aufgehoben ist. Der Minister des Innern wüthete bei jeder Gelegenheit gegen die Sozialdemokratie und merkte nicht, wie die Junker ihm auf der Nase herumtanzten, er mißbrauchte das Bestätigungsrecht, hielt befähigte Männer planmäßig aus den Kommunalverwaltungen fern, um auf der anderen Seite alle Staatsämter den ostelbischen Granden zu überliefern. Des Handelsministers Streben war auf die Vernichtung des Handels gerichtet, der Eisenbahnminister verbot den Arbeitern, sich zu koaliren, nahm ihnen ihr Petitionsrecht und verlangte von ihnen, daß sie aus Konsumvereinen austreten, in deren Verwaltung Sozialdemokraten sitzen. Der Vizepräsident des Staatsministeriums komplottirte mit der Kanalfronde gegen die Regierung, und der Ministerpräsident buhlte förmlich um die Gunst der Junker, er versprach ihnen höhere Zölle, machte ihnen Zugeständnisse jeder Art in der Erwartung, daß sie zum Dank dafür die Kanalvorlage bewilligten, und besaß, als seine do ut des-Politik Schiffbruch leidet, nicht den Muth, die Unbotmäßigen zu Paaren zu treiben, sondern kapitulirte vor ihnen.

So gewährt denn die verflossene Session einen Anblick innerer Zerfahrenheit, wie keine vorher. Die letzten Monate haben deutlich gezeigt, wohin ein Staat gelangen muß, der den größten Theil des Volkes, die Arbeiterklasse, von der Mitwirkung an der Gesetzgebung ausschließt. Positives ist, abgesehen von der Verabschiedung des Etats und einiger lokaler Gesetze, überhaupt nicht geleistet. Der schwache Ansatz zur Beseitigung der Mißstände auf dem Gebiete des Wohnungselendes, die sogenannte Lex Adickes, ist zwar vom Herrenhause, aber nicht vom Abgeordnetenhause genehmigt worden; der Gesetzentwurf betr. Bereitstellung weiterer Staatsmittel für Wohnungen für im Staatsdienst beschäftigte Arbeiter hat noch nicht einmal die erste Lesung des Abgeordnetenhauses passirt; die Anträge betr. Beseitigung der Mißstände beim Verschleiß der Kohlenproduktion und betr. die obligatorische Schlachtviehversicherung sind in den Kommissionen stecken geblieben; das gleiche Schicksal widerfährt einigen anderen Gesetzentwürfen, von denen wir nur den über die Spreepräfektur erwähnen. Die ganze parlamentarische Arbeit ist Hals über Kopf abgebrochen worden.

Ist es nicht eine seltsame Ironie der Weltgeschichte, daß dieselbe Regierung, die Jahre lang das kulturfeindliche Treiben der Junker entweder stillschweigend geduldet oder sogar thatkräftig unterstützt hat, gerade in dem Augenblick, wo sie die Mittel zur Herstellung eines Kulturwerkes verlangt, wie es der Kanal zweifelsohne ist, mit dem Junkerthum in Konflikt geräth! Daß in diesem Kampf zwischen Kultur und Antikultur die Antikultur siegt, nimmt nicht weiter wunder, unter der Herrschaft des Dreiklassenwahlrechts ist jeder Kulturfortschritt ausgeschlossen.

Und trotz alledem ist die Regierung fest entschlossen, dem Junkerthum für ewige Zeiten die Herrschaft in Preußen zu sichern; sie will nicht, daß an den Grundlagen des Dreiklassenwahlrechts gerüttelt wird, sie wehrt sich sogar gegen eine gerechtere Abgrenzung der Wahlbezirke, weil dadurch den Konservativen ein Dutzend Mandate verloren gehen könnten. Um so mehr wird sich die Arbeiterschaft ihrer Aufgabe bewußt werden und alles daran setzen, um der Herrschaft des Junkerthums ein Ende zu machen. Die Regierung hat vor den Junkern abgedankt, die Arbeiterschaft wird im Interesse der Kultur das Werk vollenden, welches die Regierung nicht einmal in Angriff zu nehmen gewagt hat.

Dem rückständigsten Elemente im Staate, dem Junkerthum, Krieg bis aufs Messer — das ist die Lehre, die die Arbeiterschaft aus der verflossenen Session ziehen muß.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. In der Eisengießerei von Müller u. Comp. in Auerbach i. V. sollte der Lohn der Former um 20 Prozent gekürzt werden, aber infolge des Zusammenhaltens der Arbeiter wurde die Lohnreduktion wieder rückgängig gemacht. — Die Berliner Schuhmacher (Schoßarbeiter) beschlossen, überall da, wo der mit der Innung vereinbarte Tarif nicht anerkannt wird, die Arbeit niederzulegen. — Die Maurer in Greifswald sind in den Streik eingetreten. — Der Ausstand der Militäreffekten-Sattler in Barmen-Elberfeld ist durch Vergleich beendet worden. — Die Forderungen der Malergehilfen in Hannover, die sie durch einen Streik bei den Meistern durchzusetzen beabsichtigen, richten sich in der Hauptsache auf eine 9½stündige Arbeitszeit und einen Mindest-Stundenlohn von 40 Pf. nebst Aufschlägen von 25 Prozent für Ueberstunden und 50 Prozent für Nachtarbeit; ferner auf eine Lohnerhöhung von 10 Prozent für Diejenigen, die bereits den geforderten Stundenlohn erhielten. Mehrere Meister haben die Forderungen bereits zugestanden, so daß schon über 100 Gehilfen zu den neuen Bedingungen arbeiten; es scheint, als wenn der Streik bald beigelegt werden wird. — Der Streik der Steinmetzen in Hannover ist beendet. Die Meister haben mit alleiniger Ausnahme der Firma Falke die Forderungen mit einigen Abänderungen, über die eine Einigung erzielt wurde, bewilligt. — Die streikenden Glasarbeiter in Nienburg a. d. W. sollen der Gnade theilhaftig werden, unter folgenden Bedingungen bei dem Kommerzienrath Heye wieder arbeiten zu dürfen: 1. Aus dem Glasarbeiter-Verband austreten, 2. das Verbandsbuch im Kontor abgeben, 3. die Gastwirthschaft Friedrich Henkel innerhalb zweier Jahre nicht mehr betreten. Diese Schmach werden sich die Arbeiter nicht auferlegen lassen, so mag Herr Heye mit seinen Russen verfahren, die deutschen Glasarbeiter haben andere Begriffe über ihre Stellung als Staatsbürger. — Der Streik im Hafen von Genua erstreckt sich nur auf die Lastträger. Es sind Verhandlungen eingeleitet worden, deren bisheriger Verlauf einen günstigen Erfolg verspricht. Die Zahl der Ausständigen beträgt wenig über tausend. (Nach den neuesten Nachrichten haben 700 Getreidelastträger Dienstag die Arbeit wieder aufgenommen). — Die Maschinisten Amerikas sind in allen Städten, wo der Internationale Maschinisten-Verband Mitglieder hat, in eine Bewegung behufs Einführung des Neunstundentages eingetreten. Auch die deutschen Maschinisten Newyorks haben sich der Bewegung angeschlossen. Am 20. Mai soll die Forderung den Unternehmern überreicht werden.

Dem Internationalen Sozialistischen Komitee in Brüssel ist jetzt auch Japan durch zwei Mitglieder beigetreten; es sind die Genossen Jso Abe und Katayama, die das ostasiatische Inselreich im Komitee vertreten. — Den Mittheilungen der sozialistischen, halb in englischer, halb in japanischer Sprache erscheinenden „Labour World" zufolge herrscht in Japan eine lebhafte sozialistische Bewegung. Am 26. Januar fand in Tokio, der Hauptstadt Japans, eine

Der Präsident.

Roman von Karl Emil Franzos.

(28. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Abermals hielt der Zug; es war eine größere Station. Der Präsident blickte nicht hinaus, sonst hätte er gewahren müssen, daß es wohl eine besondere Nachricht war, welche zu dieser Stunde das ganze Land durchflog und Alle, die es erfuhren, mit Grauen erfüllte. Bleich und erregt drängten die Leute durcheinander; sie schienen das, was geschehen war, wie ein gemeinsames Unglück zu empfinden. Die Einen schrieen laut auf, die Anderen starrten, wie von Entsetzen gelähmt, vor sich hin, wieder andere, die Meisten, fragten einander ungestüm nach neuen Details.

„Es war ein Schuß!" schrie ein grauhaariger Mann mit zitternder Stimme über die Menge hin, ehe er in das Coupee stieg. „So steht es in dem Telegramm an den Bezirksvorsteher!"

„Ein Schuß!" ging es von Mund zu Mund, und Einige jammerten laut auf.

„Nein!" rief ein Anderer, „ein Dolchstoß war's, der Herr General hat es mir selbst gesagt!"

Wirr und unverständlich klangen die Rufe in Sendlingens Ohr, bis sie von dem Dröhnen der Räder übertäubt wurden, und dann wieder nichts vernehmbar war, als das Geräusch des rollenden Zuges.

Und wieder spiegelten ihm die erregten Sinne ein anderes Bild vor. Der Kaiser hatte sein Flehen erhört und ihm gesagt: „Ich schenke ihr das Leben, ich mildere ihre Strafe in lebenslängliche, in zwanzigjährige Haft. Mehr kann und darf ich nicht thun; sie wäre gestorben, wenn sie nicht Deine Tochter wäre, aber erlassen darf ich ihr die Strafe nicht ganz, auch nicht so weit herabmildern, daß sie, die Mörderin, etwa die gleiche Strafe erleidet, wie eines niedrigen Mannes Tochter, wenn sie einen schweren Diebstahl begangen." Und auch darauf hatte er nichts zu erwidern gewußt und war heimgekommen und hatte der Aermsten selbst sagen müssen, daß er sie durch Lügen getäuscht. Sie war unter diesem Schlage zusammengebrochen und war, den Tod im Herzen, in eine Strafanstalt gebracht worden, und einige Monate später, da er in Amt und Würden zu P. saß, erreichte ihn die Nachricht, daß sie verschieden. . .

„Wäre dies gerecht?" schrie es in dem unglücklichen Manne auf. „Darf ich dies dulden? Nein, nein! Dies wäre mein schlimmstes Verbrechen, schlimmer als jedes andere." . . .

Der Zug hatte die letzte Station vor Wien erreicht, einen Vorort der Residenz. Hier war das Gewühle so groß, der Lärm so laut, daß der Brütende denn doch emporfuhr und hinausblickte. „Es wird irgend ein großes Unglück geschehen sein," dachte er, als er die bleichen Gesichter sah, die erregten Geberden. Aber so zwingend war der Bann, in welchem der eigene Jammer seine Gedanken erhielt, daß es ihn nicht drängte, zu fragen, was geschehen sei. Er lehnte sich in seine Ecke zurück, und von dem Gewirre der Stimmen von außen her klangen nur noch einzelne Laute unverständlich an sein Ohr.

Hier stritten die Leute nicht mehr darüber, durch welche Waffe jene That verübt worden, welche sie mit so tiefem Grauen erfüllte. „Es war ein Dolchstoß", erzählten Alle, „mit voller Wucht in den Nacken geführt." Nur über die Person des Thäters war noch Streit.

„Ein Ungar hat's gethan!" riefen Einige. „Ein Graf. Aus Rache hat er's gethan, weil sei Vetter gehängt worden ist."

„Lüge!" schrie ein Mann in ungarischem Schnürrock. „Das thut Ungar nicht — Ungar ist tapfer — Schwab' ist feig . . . Kerl war Schwab', war Wiener!"

„Oho!" riefen ihm die Leute erregt entgegen, und im selben Athemzuge ballten sich zwanzig Fäuste gegen den Sprecher, daß er zurückwich. „Verleumdung! Ein Wiener war's nicht! Im Gegentheil, ein Wiener war der Retter!"

„Ja! ein Wiener Bürger," fielen Andere ein, „ein Fleischhauer!"

„War nicht ein Italiener der Mörder?" fragte der Kondukteur des Zuges, und dies genügte, daß sofort zehn Andere schrieen: „Ein Mailänder war's — natürlich! — das sind die Schlimmsten," während an der anderen Ecke des Perrons der Ruf allgemein wurde: „Ein Pole war's! Ein Student! Er ist von einem Geheimbund durch das Loos dazu bestimmt worden!"

Zwei Polen protestirten dagegen, der Ungar und ein Italiener schlossen sich ihnen an; Schimpfworte flogen hin und her; Fäuste und Stöcke hoben sich; die Polizisten geboten vergeblich Ruhe. Da fand ein kleiner, pfiffiger Schusterlehrling die Zauberformel, welche die Gemüther beruhigte.

„A Böhm war's!" kreischte er, „a Schneiderg'sell aus Pardubitz!" Und hundert Stimmen riefen es im nächsten Augenblicke nach.

Nur dieser Ruf war dem Brütenden verständlich in's Ohr gedrungen, aber wieder dachte er nur einen Augenblick: „Wahrscheinlich eine besonders verruchte Mordthat," dann spannen sich seine dunklen Gedanken weiter . . . Aber nun suchte er sich aufzuraffen, zu neuer Hoffnung zu ermuntern, er mühte sich, jene Lösung glaubwürdig zu finden, von der Berger gesprochen.

Er klammerte sich daran, er malte sich die Szene aus — war es doch der einzige Trost, der dem Unglücklichen noch geblieben. . . . Er legte sich die Worte zurecht, durch die er das Herz seines Fürsten rühren wollte, und während so der unsägliche Jammer der letzten Monate, die unermeßliche Pein seiner gegenwärtigen Lage noch einmal an ihm vorbeizog, ergriff es ihn, wie Mitleid mit sich selbst, und seine Augen feuchteten sich — gewiß! auch der Fürst konnte nicht ungerührt bleiben und erhörte ihn und schenkte ihm das Leben seines Kindes . . Ganz konnte er es ihm nicht

Konferenz statt, auf der auch die obigen Wahlen vollzogen wurden.

Der Gesammtverband der dänischen Gewerkschaften hielt am 26. April seine Generalversammlung in Kopenhagen ab. Es war eine ansehnliche Versammlung von etwa 300 Männern und Frauen, die als Delegirte der verschiedenen Gewerkschaften erschienen waren. Die „Generalversammlung", die an die Stelle der früheren „Kongresse" getreten ist, besteht aus den Hauptvorständen der 42 Zentralorganisationen, je einem Vertreter für jeden der 19 lokalen Fachvereine und je einem Vertreter für jedes der verschiedenen lokalen Gewerkschaftskartelle. Große Resultate konnten, wie der Vorsitzende in seinem Geschäftsbericht ausführte, im v. J. in Folge des wirthschaftlichen Niedergangs nicht erzielt werden. Doch ist es gelungen, den Lohn der Erd- und Betonarbeiter um 2 Oere, den der Holzplatzarbeiter um 3 Oere zu erhöhen und auch für die Bahnarbeiter Kopenhagens und der Umgegend wurde eine Lohnaufbesserung erzielt, die sicher auch zu einer Aufbesserung ihrer Kollegen im Lande führen wird. Nach einer von den Gewerkschaften aufgenommenen Statistik haben die Lohnbewegungen im Jahre 1900 im Ganzen eine Erhöhung eingebracht, die einer Vermehrung des Jahresverdienstes der sämmtlichen Arbeiter um etwa 1 600 000 Kronen entspricht. Die Arbeitslosigkeit war im verflossenen Jahr recht bedeutend und in verschiedenen Fächern sind große Summen zur Unterstützung der arbeitslosen Mitglieder verausgabt worden. So haben z. B. die Schmiede durchschnittlich pro Mitglied 14,27 Kronen, die Typographen 11,29 Kronen, die Bäcker 9 Kr. im letzten Jahr dafür bezahlt. Die Arbeitslosenunterstützung ist bis jetzt in 49 Organisationen mit ca. 50 000 Mitgliedern eingeführt. Der Vorstand empfiehlt die weitere Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Für Lohnkämpfe wurden im letzten Jahre 217 538 Kronen verausgabt, außerdem 10 000 Kronen zur Unterstützung der Ausgesperrten nach Stockholm geschickt und für Schulden von der großen Aussperrung 53 500 Kronen bezahlt. Beiträge wurden von 42 Zentralverbänden und 24 Lokalvereinen für 75 647 Mitglieder bezahlt. Wegen der schlechten Konjunktur mußte die Zentralleitung in mehreren Fällen ihre Zustimmung zu geplanten Lohnbewegungen versagen. Das führte dazu, daß die Klempner aus dem „Gesammtverband" ausgeschieden sind und die Zimmerer ihren Austritt angemeldet haben. Der bisherige Vorsitzende, Maler J. Jensen, wurde einstimmig wiedergewählt.

Gestörte Maifeier. An Stelle der den Genossen Posens am 1. Mai unmöglich gemachten Maiversammlung fand am letzten Sonntag ein Ausflug der Genossen statt, durch welchen gegen die polizeilichen Maßnahmen, wie sie in der Gerichtsverhandlung am 25. April in Posen gegen mehrere Genossen zu Tage gefördert wurden, protestirt werden sollte. Ein zahlreiches Aufgebot von Polizeibeamten in Uniform und ein noch zahlreicheres in Zivil sorgte für die nöthige Rettung des Staats. Alles verlief in schönster Ordnung, als plötzlich die Musik zu spielen aufhörte. Der Wirth des Gartenlokals war von irgend einer Seite auf die „Gefährlichkeit" der von ihm beherbergten Gäste aufmerksam gemacht worden und verbot das Weiterspielen. Ein Theil der Gäste verlangte das Eintrittsgeld, das der Wirth an sich genommen hatte, ungestüm zurück, gleichzeitig wurden Rufe laut: „Polizeispitzel hinaus!" Ein Polizeikommissarius erschien, erklärte, daß die Rufe: „Polizeispitzel hinaus!" öffentliches Aergerniß erregend seien und forderte die Menge auf, den Garten zu verlassen. Unter Hochrufen auf die internationale Sozialdemokratie ging die Menge dann nach Hause.

Maifeier in Finnland. Aus Rücksicht auf die herrschenden Gewalten mußte bei der diesjährigen Maifeier von einer Demonstration im Freien Abstand genommen werden. In Helsingfors fanden jedoch große Demonstrations-Versammlungen statt. Die schwedisch sprechenden Arbeiter hatten Vormittags Versammlung und Mittags fand eine Massenversammlung im finnischen Arbeiter-Vereinshaus statt. Im übrigen begingen noch einige Vereine den Tag durch festliche Veranstaltungen am Abend. Sowohl die in finnischer als auch die in schwedischer Sprache erscheinende Parteizeitung hatten Festnummern herausgegeben. Auch hier und da in den Landstädten wurde der Tag in ähnlicher Weise gefeiert.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Wie die „Hartungsche Zeitung" aus Königsberg meldet, wurde Dienstag Nachmittag im Wallgraben vor dem Ausfallthor der vom Rumpf gewaltsam abgetrennte Kopf einer unbekannten, etwa 60—70 Jahre alten Frauensperson aufgefunden. — Montag Vormittag 11 Uhr ist zwischen Kandrzin und Cosel (Schlesien) ein Güterzug mit einem Arbeitszug zusammengestoßen; beide Gleise waren bis gegen Abend gesperrt. Der Materialschaden ist ziemlich bedeutend. Lokomotivführer und Heizer des Güterzuges sind leicht verletzt. — Auf dem Wrangelschacht bei Niederhermsdorf, Kreis Waldenburg, setzte Sonntag früh beim Schichtwechsel ein Förderkorb heftig auf. Siebzehn Bergleute wurden schwer verletzt und mußten ins Lazareth geschafft werden. — Im Steinbruch zu Beucha (Sachsen) wurde Montag Nachmittag bei Sprengungen ein Arbeiter durch Felsstücke getödtet, während drei andere Verletzungen davontrugen. — In Borschütz bei Torgau sind in der Familie eines zugereisten Arbeiters die Pocken ausgebrochen. Die Regierung hat die umfassendsten Sicherheitsmaßregeln angeordnet. — Drei mit Anstreicherarbeiten an einem Hause der Hohestraße in Quedlinburg beschäftigte Leute stürzten in Folge Gerüstbruches ab; Einer von ihnen war todt, Einer brach beide Arme und ein Bein, der Dritte blieb unverletzt. — Ein Fesselballon der Luftschifferabtheilung Köln, der Sonntag Nachmittag 3½ Uhr dort aufgelassen war und in dem sich 2 Insassen befanden, wurde vom Sturmwind von der Kabelwinde abgerissen, trieb dann auf Ehrenfeld zu und verschwand bald in den Wolken. Nach einer Meldung vom Dienstag ist der Fesselballon ohne Unfall bei Volkhoven (Rheinprovinz) gelandet. — Die sogenannten Sternbergprozesse in Köln, in denen schon verschiedene Urtheile ergangen sind, ziehen immer weitere Kreise. Nicht weniger als 43 Männer stehen unter der Anklage, sich mit den noch schulpflichtigen Mädchen vergangen zu haben. Montag wurde gegen den 50jährigen verheiratheten Kaufmann Georg Spiegel und den Kassirer Peter Stagemann vor der Strafkammer verhandelt; ersterer wurde zu der verhältnißmäßig geringen Strafe von zwölf, letzterer zu acht Monaten Gefängniß verurtheilt, da das Gericht ihnen mit Rücksicht auf die außerordentliche Verworfenheit der Mädchen mildernde Umstände zubilligte. Die Mädchen hatten ihre „Absteigequartiere", besuchten die Männer in ihren Wohnungen oder machten Wagenfahrten mit ihnen. — Die Verhandlung über das Bauunglück in Köln, über welches wir s. Zt. berichtet haben, endete am Sonnabend mit der Verurtheilung der Angeklagten Architekt Jansen und Bauunternehmer Bus zu drei bezw. zwei Monaten Gefängniß. Bautechniker Pröpper wurde freigesprochen. — In Sprockhövel bei Essen ist das 15jährige Lehrmädchen Lina Doblinski das Opfer eines Lustmordes geworden. Das Mädchen begab sich von Hattingen, wo es in Stelle war, vor acht Tagen nach Sprockhövel um eine Freundin zu besuchen und wurde seitdem vermißt. Sonntag wurde die Leiche des jungen Mädchens in einem Teiche bei Sprockhövel gefunden. Um den Hals hatte die Leiche einen mit Steinen beschwerten Sack hängen. Es fehlt jede Spur des Thäters. — Auf dem Rittergute Züschen bei Fritzlar sind an zwei polnischen Arbeitern die schwarzen Blattern ärztlich festgestellt worden. — In einem Neubau an der Juttastraße in der Münchener Vorstadt Neuhausen stürzte in Folge zu früher Herausnahme der Stützen ein Gewölbe über dem Treppenhaus ein. Ein Arbeiter kam dabei ums Leben, drei Arbeiterinnen wurden schwer verletzt. — Dienstag Nachmittag entgleiste bei der Einfahrt in die Station Jagstfeld (Württemberg) ein Personenzug infolge vorzeitiger Umstellung der Weiche. Zwei Reisende wurden schwer, vier leicht verletzt. Ein Bediensteter wurde verletzt. — Der spanische Konsul Duran ist mit Hinterlassung von Wechselschulden im Betrage von 400 000 Kronen von Wien abgereist. — Ein sonderbares Testament hinterließ ein französischer Rentier Namens Soinrouen. Er vermachte der Stadt Rouen sein viele Millionen betragendes Vermögen; unter den Stiftungen ist nun auch die eines jährlich auszuzahlenden Heirathsguts von 80 000 Mark an ein Brautpaar, das sich bei riesigem Körperbau vollkommener Gesundheit erfreut. — In Kapstadt sind Dienstag 3 neue Pestfälle vorgekommen, in Port Elisabeth einer.

Dreifacher Mord, Mordversuch und Selbstmord. Eine furchtbare Blutthat, wie sie selbst die an Verbrechen aller Art reiche Kriminalgeschichte von Berlin und seiner Umgebung noch nicht aufzuweisen hatte, ist Montag Nachmittag in dem südlichen Vororte Mariendorf verübt worden. Dort hat ein Versicherungsagent Johannes Bobbe aus Berlin die Ehefrau des Hausbesitzers Hemmling und zwei Kinder seiner Geliebten Frau Stäger erschossen, den Hausbesitzer Hemmling durch zwei Schüsse am Kopf und am Rücken verwundet und sich selbst im Augenblick seiner Verhaftung durch einen Revolverschuß in die rechte Schläfe getödtet. Die Motive des Mordes sind noch nicht klargestellt. Es scheint, als ob Bobbe, der das Grundstück der Hemmlingschen Eheleute kaufen wollte, aber mangels ausreichenden Kapitals hierzu nicht im Stande war, die Ehegatten zu beseitigen beabsichtigte, mit der Frau den Anfang machte und auch die Kinder, die unschuldigen Zeugen seiner schrecklichen That, ermordete. Das Hemmlingsche Ehepaar bewohnt in der verlängerten Bergstraße in Mariendorf ein einsam stehendes Gehöft auf freiem Felde. Dort hatte am 1. April die verwittwete Frau Stäger aus Berlin die Hälfte des Anwesens, fünf Zimmer mit Zubehör, gemiethet. Der Wohnungsinhaber war Johann Bobbe, der mit seiner rechtmäßigen Ehefrau in der Belle-Alliancestraße wohnte. Frau Stäger war seine Geliebte, bei der er täglich eintraf. Er hantirte dort oft lange in einem sorgfältig abgeschlossenen Zimmer. Bobbe erzählte, er sei Versicherungsagent; etwas Auffallendes an ihm war sonst nicht wahrgenommen worden. Beamte und Einwohner Mariendorfs, die sich nach dem Thatorte begaben, trafen dort Frau Stäger, welche erklärte, daß sie soeben nach Hause gekommen sei. Sie wisse von nichts. Schließlich erklärte die Frau, welche sich in hochgradiger Aufregung befand: „Ich glaube, ich habe eine schreckliche Entdeckung gemacht!" Nun begann eine genaue Absuchung der Zimmer. In dem mittleren Gemache erfolgte die Entdeckung des schweren Verbrechens. Einer der Personen, die in das Zimmer eintraten, einem Tischler, fiel das Eisenblech vor dem Kachelofen auf. Er sah dort frische Nägel eingeschlagen. Man zog diese heraus. Sofort zeigte sich, daß das Schutzblech beweglich war und in Charniren lag. Es diente als Fallthür und maskirte den Eingang zu einer Höhlung unter dem Fußboden. Diese war 1½ Meter tief, 2 Meter lang und 1½ Meter breit. In ihr lagen die Leichen. Erst die Leiche der Frau Hemmling, total unbekleidet. Sie wies viele Schußwunden auf, deren jede wohl tödtlich gewesen ist. Ein Stück abgebrochener Feile steckte in der Seite des Opfers; wahrscheinlich ist Frau H. im Fallen auf das Instrument aufgeschlagen. Die beiden Knaben lagen an der Seite der Frau, beide bekleidet, wie sie eben aus der Schule gekommen waren. Nach dieser Entdeckung bemächtigte sich der Anwesenden eine ungeheure Aufregung. Frau Stäger erklärt, daß sie nichts bekunden könne; die ganze Thätigkeit des Bobbe sei ihr fremd. Er sei ihr Geliebter, mehr wisse sie nicht zu sagen. Ein anwesender Gensdarm nahm die Frau vorläufig in Haft, in der sie sich jetzt noch befindet. Mit verdoppelter Energie wurde jetzt nach dem Thäter gefahndet. Der Gensdarm Brandt erblickte ihn in dem Augenblicke, als er den Fuß auf die Straßenbahn setzte, um von der Abgangsstation der Pferdebahnwagen in Mariendorf vor dem Grotheschen Gasthause nach Berlin zu fahren. Der Beamte zog den Verbrecher vom Perron herunter, dieser wehrte sich einen Augenblick, riß dann einen Revolver aus der Tasche und setzte die Waffe gegen seine Schläfe. Der Tod trat auf der Stelle ein. Eine am späten Abend in der Wohnung der Frau Stäger vorgenommenen Haussuchung ergab, daß in einem Bette ein von dem Thäter versteckter sechsläufiger, scharf geladener Revolver aufgefunden wurde. Die Ehefrau des Thäters wurde am späten Abend durch einen Schutzmann von dem Ende ihres Mannes benachrichtigt, ohne daß ihr freilich der ganze Umfang der That mitgetheilt wurde.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung wurde in Hannover der Agent August Paetz zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt. Die Verhandlung war nicht öffentlich. — Wegen Prinzregentenbeleidigung wurde der Tagelöhner Xaver Bestle vom Landgericht Augsburg zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt. Die inkriminierte Aeußerung machte B. im Zustande der Trunkenheit. Und trotzdem sechs Monate Gefängniß.

Die Kaserne als Bildungsanstalt. Das Darmstädter Kriegsgericht hatte in seiner letzten Sitzung über acht Kanoniere des Artillerie-Regiments Nr. 61 wegen Mißhandlung abzuurtheilen. Einer von ihnen hatte in angetrunkenem Zustande mit seinen Stubenkameraden Händel angefangen und war dafür von den übrigen sieben gemeinsam mit Klopfpeitschen bearbeitet worden. Der Erstere, der am nächsten Tage zweimal durchgebrannt war, erhielt drei Monate und drei Tage Gefängniß, der Anführer der Sieben fünfzehn Tage, die Uebrigen vierzehn Tage Gefängniß.

---

sehenken, das war ja unmöglich, aber vielleicht glaubte er dem lebendigen Wort doch mehr, als den todten Akten, und sah ein, daß das arme Weib eine gelindere Strafe verdiente... Und wenn dann ihre Strafzeit verbüßt war — o! wie gerne wollte er allen Glanz und Klang der Welt von sich werfen und mit ihr in die Fremde ziehen, wo man ihre Vergangenheit nicht kennt, wo wollte er Alles aufbieten, ihr ein neues Leben, ein neues Glück zu begründen.... Ein tröstliches Bild tauchte vor ihm auf: ein stiller ländlicher Besitz, abseits vom Strome der Welt, weit, weit in der Ferne, in Frankreich oder in Holland.... Schmucke Bäume umfanden ein kleines Haus, und auf der Veranda saß ein junges Weib, noch bleich und den Ausdruck tiefen Grames im Antlitz, aber schon blickten die Augen heller, und um den Mund regte es sich, als könnte er wieder lächeln lernen....

„Wien!"

Der Zug hielt: auf dem Perron herrschte dasselbe Wogen und Treiben der Menge, wie in jenem Vororte, nur viel leiser, weil die Polizei jeden Ruf, jede Ansammlung niederhielt. Dem Präsidenten fiel es nicht auf, wie ungewöhnlich stark der Bahnhof durch Wachen besetzt sei. Jenes nächtliche Bild gebannte ihn noch immer; wie ein Trauma wandelt drängte er durch die Menge und bestieg einen Wagen. „Zum wilden Mann!" rief er dem Kutscher zu; auch diesen Befehl gab er fast mechanisch, aus Gewohnheit, denn er pflegte immer in diesem Hotel einzukehren.

Schon lagen die Schatten der Dämmerung auf den Straßen, als der Wagen aus dem Bahnhof fuhr, die Lampen schimmerten roth durch den feuchten Abendnebel, welcher dem sonnigen Tage gefolgt. Sendlingen lehnte sich in die Kissen zurück und schloß die Augen, um weiter zu träumen; er gewahrte nicht, welch ungewohntes Leben auf den Straßen herrschte. Es war, als hätte sich die ganze Bevölkerung auf den Weg nach dem Herzen der Stadt gemacht; in langen Reihen fuhren die Wagen, in dichten Schaaren zogen die Fußgänger dahin. Man vernahm keinen Schrei, kein lautes Wort, aber das Murmeln der Tausende, die da erregt dahinströmten, einte sich zu einem seltsamen, dumpfen Surren, das unablässig in den Lüften schwamm und immer stärker wurde, je näher der Wagen der inneren Stadt kam. Auch immer mehr Polizei war zu sehen, und am Glacis stand sogar ein Bataillon, das Gewehr im Arm, wie jeden Augenblick zum Eingreifen bereit...

Auch dies sah Sendlingen nicht, kaum drang es ihm ins Bewußtsein, daß der Wagen viel langsamer fuhr, als gewöhnlich. Noch immer stand jenes Bild vor ihm und in sein Herz kehrte die Hoffnung wieder ... „Muth!" flüsterte er vor sich hin. „Noch eine Nacht der Qual — und dann ist sie gerettet!... Er ist der einzige Mensch, der uns helfen kann, aber er wird uns helfen!"

Der Wagen hatte sich endlich Bahn durch die Menge gemacht, die in immer dichteren Schaaren über den Stefansplatz flutete, dann den Graben empor und der Burg des Kaisers zu — und konnte in die Kärntnerstraße einbiegen. Er hielt vor dem Hotel, die Bediensteten stürzten hervor und halfen den Gast aus dem Wagen, der Besitzer eilte herbei und verbeugte sich tief, als er ihn erkannte.

„Der Herr Präsident!" rief er. „Zimmer 7 und 8... Was sagen der Herr Präsident zu diesem Unglück? Ich bin wie betäubt..."

„Was ist geschehen?" fragte Sendlingen.

„Der Herr Präsident wissen es noch nicht?" rief der Wirth erstaunt. „Das ist ja fast unmöglich! Heute hat ein Schneidergeselle aus Ungarn, Johann Libenyi, auf Seine Majestät am Glacis ein Attentat verübt. Der Dolch des Verruchten traf den Kaiser in den Nacken. Seine Majestät sind schwer verwundet, und ohne die Geistesgegenwart des Fleischhauers Ettenreich . . ."

Er unterbrach sich. „Was ist Ihnen?" schrie er und stürzte auf den Präsidenten zu.

Sendlingen wankte und wäre ohne seine Beihülfe zu Boden gesunken.

Dreizehntes Kapitel.

In der Abenddämmerung des nächsten Tages trat Graf K., der Schwager Sendlingens, in dessen Hotelzimmer. „Nun, da bist Du endlich!" rief er noch in der Thüre. „Führt man sich so auf, wenn man den Abend vorher einen heftigen Herzkampf überstanden?! Drei Mal versuchte ich Dich heute zu sprechen, zuerst um neun Uhr Morgens, Du warst bereits ausgegangen!"

„Ich danke Dir," sagte Sendlingen. „Mich trieb schon am Morgen die Unruhe, Authentisches über den Zustand des Kaisers zu erfahren, und ich ging deshalb so früh, als es sich nur schicken mochte, in die Kabinetskanzlei. Doch erfuhr ich nur dasselbe, was in den Zeitungen steht: es bestehe keinerlei Gefahr für sein Leben, doch werde er immerhin etwa drei Wochen völliger Ruhe bedürfen, um gänzlich hergestellt zu sein .... Inzwischen erledigt der Ministerrath die laufenden Geschäfte; die Hoheitsrechte des Monarchen ruhen, und es wird nicht etwa für die Zeit seiner Krankheit einer der Prinzen mit der Stellvertretung betraut."

„Aber danach hast Du wohl nicht erst gefragt?" rief der Graf auf das Höchste erstaunt. „Das ist ja selbstverständlich!"

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich — Verleger: Theodor Schwartz — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.